



Krisengerechte Kinder statt kindergerechtem Krisenmanagement?

Auswirkungen der Corona-Krise
auf die Lebensbedingungen junger Menschen

Studie von Prof. Dr. Michael Klundt
für die Bundestagsfraktion DIE LINKE



Inhalt

Vorwort	3
Einleitung	4
Arbeitshypothese	5
Interview-Abstract	5
Corona(-Maßnahmen) weltweit als (Kinder-)Armut-Katalysator?	8
»Corona kills Chancengleichheit«? oder: Frisst die Covid-Krise ihre Kinder?	8
Ergebnis und Fazit	14
Ausblick, Konsequenzen und alternative Gegenmaßnahmen	15
Literatur	18

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Jan Korte

Autoren: Michael Klundt, Norbert Müller
Layout/Druck: Fraktionservice

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

200608

Vorwort

Norbert Müller

*MDB, Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik
der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag*

Wie im Brennglas ließ sich in den vergangenen Wochen beobachten, welche gesellschaftliche Gruppe mit wieviel Macht ausgestattet ist. Denn im Ausnahmezustand regieren, noch mehr als sonst, die Interessen der Stärkeren. Das sind aus Kinderperspektive und auch ganz faktisch »die Erwachsenen«. Wie flächendeckend Kinderrechte zugunsten der Interessen Stärkerer zurücktreten mussten, zeigt Michael Klundt in dieser Studie eindrücklich. Dabei sollten Rechte ihre Träger*innen doch gerade in Krisen schützen und befähigen, egal ob Erwachsene oder Kinder. Oder wie der Autor es sagt: »Ein schönes Dach nutzt nur, wenn es auch bei Regen dicht ist und nicht nur bei Sonnenschein«.

Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen fanden und finden im Krisendiskurs kaum Beachtung. Sei es bei flächendeckenden Schließungen von Spielplätzen, der Schließung und Teilwiederöffnung der Schulen oder auch beim De-facto-Kontaktverbot von Heimkindern mit ihren leiblichen Eltern. Was vor der Krise mitunter abstrakt erschien, zeigt sich nun ganz offen: Kinder sind nicht einfach kleine Erwachsene, sondern haben individuell und auch als gesellschaftliche Gruppe eigene Bedürfnisse und Interessenlagen. Diese wurden und werden in der Krise sträflichst vernachlässigt.

Und eine weitere Vor-Corona-Tendenz verstärkt sich: Kinder aus armen Haushalten sind ungleich schwerer von der Krise betroffen. In kleiner Wohnung, mit nicht nur krisenbedingten Existenznöten und ohne die sonst wertvolle soziale Infrastruktur vergrößern sich Unterschiede von Arm und Reich immens.



Doch die Studie bilanziert nicht nur die kinderrechtliche Tragödie der vergangenen Wochen, sondern gibt Politik und Gesellschaft auch ganz konkrete Handlungsempfehlungen. Armuts- und Pandemiebekämpfung müssen diesen zufolge Hand in Hand gehen. Kinder und Jugendliche müssen dabei von Objekten und Risikofaktoren zu Protagonist*innen gemacht werden, ihre Meinung gehört und einbezogen werden. Als LINKE. im Bundestag werden wir weiter genau dafür streiten!

Einleitung

Die UN-Kinderrechtskonvention gibt es nun schon seit über drei Jahrzehnten. Seit 1992 ist sie in der Bundesrepublik ratifiziert und (mit Vorbehalten) als Bundesgesetz verankert. Seit zehn Jahren gilt sie in Deutschland vorbehaltlos. In ihr verpflichten sich die Vertragsstaaten bspw. in Artikel 3: »Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.« (Art. 3, UN-Kinderrechtskonvention; Bundesgesetz seit 1992; vorbehaltlos gültig seit 2010)

Mehr als 13 Millionen Minderjährige und ihre Familien waren bzw. sind deutschlandweit von Kita- und Schulschließungen und Kontakt- sowie Bewegungseinschränkungen betroffen. Anlässlich des 28. Jubiläums des Inkrafttretens der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland am 2. April 1992 erklärte die Leiterin der Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Claudia Kittel am 5. April 2020: »Kinder und ihre Familien sind in besonderem Maße von der aktuellen Corona-Pandemie sowie den damit verbundenen Einschränkungen betroffen. (...) Auch in Zeiten der Corona-Pandemie müssen Bund und Länder die Vorgaben aus der UN-Kinderrechtskonvention vollumfänglich erfüllen: Die Schutz-, Fürsorge- und Beteiligungsrechte gelten uneingeschränkt weiter.«¹ Mit diesem Maßstab stellt sich für die vorliegende Studie auch die Frage, ob alle Entscheidungen und Maßnahmen der Politik seit März/April 2020 völkerrechtsgemäß und bundesgesetzmäßig unter vorrangiger Berücksichtigung des Kindeswohls vorgenommen wurden. Sind in diesem Zusammenhang ausreichend Kinder und Jugendliche beteiligt worden oder zumindest in Entscheidungsprozessen einbezogen oder wenigstens angehört worden? Eine auch nur eingeschränkte Verneinung einer dieser Fragen bedeutete eine völkerrechtsverstoßende und rechtsstaatswidrige Verletzung von Kinderrechten in Deutschland. Hinsichtlich des 5. und 6. Staatenberichts der Bundesregierung von 2019 über die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention müsste dann dringend nachgearbeitet werden.

Der Nichtregierungs-Bericht zivilgesellschaftlicher Organisationen unter der Leitung der National Coalition und der zweite Kinderrechtebericht aus Sicht von Kindern und Jugendlichen selbst von 2019 beobachteten bereits einige Schwachstellen in Deutschland (z.B. bezüglich Partizipation, Armut, Infrastruktur, Inklusion), die sich mit der Corona-Krise sichtbar verschärft haben.² Es

¹ Deutsches Institut für Menschenrechte (2020): Kinderrechte sind auch in Zeiten von Corona vollumfänglich gültig. Jahrestag UN-Kinderrechtskonvention, in: Pressemitteilung v. 5. April, Berlin.

² Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2019): Fünfter und Sechster Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention). Berlin; National Coalition Deutschland (2019): Erweiterter Bericht der National Coalition Deutschland, Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention: Die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland. 5./6.



Michael Klundt

*Professor für Kinderpolitik
und Koordinator des Master-Studienganges
»Kinderwissenschaften und Kinderrechte«
an der Hochschule Magdeburg-Stendal*

ist absehbar, dass der UN-Kinderrechtsausschuss in seinen sog. Concluding Observations (Abschließenden Bemerkungen), die er voraussichtlich 2021 (nach Zusammentreffen mit den Regierungs-Verantwortlichen der BRD) formuliert, eine klare »Hausaufgaben-Liste« für die Bundesrepublik Deutschland skizzieren wird. Bis dahin sind Jugendverbände, Kinder, Jugendliche und Kinderrechtsorganisationen auf sich alleine gestellt, um die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland wieder lauter anzumahnen (vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte vom 29. Mai 2020).

Der DIW-Wochenbericht Nr. 19 vom Mai 2020 zeigt auf Basis von Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) aus dem Jahr 2018, »dass in Deutschland in etwa sechs Millionen Haushalten mindestens ein Kind lebt, das nicht älter als zwölf Jahre und daher betreuungsbedürftig ist. Darunter sind etwa 900 000 Haushalte mit einem alleinerziehenden Elternteil, davon etwa 90 Prozent Frauen. In zwei Dritteln aller Paarhaushalte sind beide Elternteile erwerbstätig; bei Alleinerziehenden beträgt die Erwerbsbeteiligung ebenfalls etwa 66 Prozent.« (DIW-Wochenbericht 19/2020, S. 334) Was mit ihnen und den Millionen älteren Kindern bzw. Jugendlichen (ca. 10 Millionen Schüler*innen; insgesamt etwa 13 Millionen Minderjährige) während der Corona-Krise betrieben wurde, aber auch mit ihren Familien, soll in dieser Studie untersucht werden. Erste Primärdaten liegen dazu auf Basis von Studien und Vorauswertungen der Vereinten Nationen, einer Oxford-Studie, einer Forsa-Befragung, einem IW-Report, einem DIW-Wochenbericht, einer Vorauswertung der JuCo-Studie und Zwischenergebnis-

Ergänzender Bericht an die Vereinten Nationen; National Coalition Deutschland (2019) (Hg.): Der zweite Kinderrechtebericht. Kinder und Jugendliche bewerten die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland 2019; Berlin.

sen diverser Untersuchungen und Stellungnahmen vor (z.B. des UN-Ausschusses für die Rechte der Kinder, des Kinderhilfswerks UNICEF, der Kinderkommission des Deutschen Bundestags, des Deutschen Kinderschutzbundes, des Deutschen Kinderhilfswerkes, des Deutschen Bundesjugendrings, des Deutschen Instituts für Menschenrechte, der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe (AGJ), der Nationalen Armutskonferenz (NAK), dem Forum Familie, der Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Diakonie, dem Verband allein erziehender Mütter und Väter (VAMV), Save the Children e.V., Terre des Hommes usw.). Diese wurden zur Anfertigung der vorliegenden Studie herangezogen und ausgewertet. Nach einer Arbeitshypothese und einem Interview-Abstract folgen vier Kapitel. Zunächst ein kurzer Abschnitt über globale Zusammenhänge unter der Überschrift: »Corona(-Maßnahmen) weltweit als (Kinder-)Armutskatalysator?« Dann eine Untersuchung der Fragen: »Corona kills Chancengleichheit? oder: Frisst die Covid-Krise ihre Kinder?«, welche sich v.a. auf Deutschland bezieht. Schließlich werden das »Ergebnis und Fazit« sowie anschließend ein »Ausblick, Konsequenzen und alternative Gegenmaßnahmen« vorgestellt.

Arbeitshypothese

Kinder und Jugendliche sind von der Krise besonders betroffen. Aber sie werden derzeit vor allem als schützenswerte Objekte insbesondere vor ihren Eltern im Rahmen des Kinderschutzes betrachtet. Familien, Kinder und Jugendliche werden zusehends kritisch beäugt. Abseits vom Kinderschutz dreht sich der Diskurs vor allem um Schulabschlussprüfungen, trotz Schulschließungen. Eine Wiederaufnahme des (Regel-)Kitabetriebes scheint in weite Ferne gerutscht zu sein. In diesem Kontext droht die soziale Spaltung der Gesellschaft zuzunehmen.

Jegliche Rechte von Kindern nach der UN-Kinderrechtskonvention auf Beteiligung, Förderung und Schutz, die über den Kinderschutz hinausgehen, werden derzeit weitgehend negiert. Die öffentliche Infrastruktur auch für Kinder und Jugendliche sowie die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sind von März bis Mai 2020 von wenigen digitalen Angeboten oder telefonischen Kontaktmöglichkeiten abgesehen nicht verfügbar (gewesen). Geschlossene Spielplätze standen symbolisch für versperrte Zugänge sowie den Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe. Dahinter standen unter anderem geschlossene Kinder- und Jugendclubs, Skateanlagen, Tischtennis- und Bolzplätze, Tierparks, öffentliche Badestellen, Bibliotheken etc.

Der für Kinder und Jugendliche wichtige persönliche Kontakt mit Gleichaltrigen ist altersabhängig de facto stark reduziert bzw. unmöglich (gemacht worden). Private Treffen außerhalb von Haushaltsmitgliedern sind weitestgehend untersagt worden. Damit waren und sind Kinder und Jugendliche häufig härter von der Krise betroffen als ihre Eltern. Familien werden in der Krise auf sich selbst zurückgeworfen und es wird von ihnen erwartet, dass sie unter schwierigen Bedingungen die Krise meistern ohne dass gesellschaftliche Unterstützungsmöglichkeiten verfügbar sind oder auf ein soziales

Umfeld zurückgegriffen werden darf. In der aktuellen Coronalockdown-Exit-Debatte steht die Situation von Familien im Hintergrund und es kommen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen fast gar nicht vor. Daher ist es wichtig, einen Fokus auf die Kinderperspektive zu werfen.

Interview-Abstract

Wie stellt sich der Lockdown inkl. Kontaktsperren und zurückgeworfen werden auf den familiären Haushalt aus Kinderperspektive dar?

Nach den bisherigen internationalen und nationalen Berichten und Untersuchungen lässt sich feststellen, dass Kinder im Allgemeinen ganz besonders unter den Einschränkungen durch Kontaktsperren, Bildungsexklusionen sowie Spiel- und Sportplatzverbote zu leiden haben bzw. hatten. Sie wurden überwiegend zuhause eingesperrt und konnten ihre Freundinnen und Freunde sowie Verwandte plötzlich nicht mehr treffen. Außerdem waren ihnen alle Bildungs-, Betreuungs-, und Betätigungs-Einrichtungen versperrt, sodass sie auch ihre Sorgen nicht mehr z.B. Fachkräften mitteilen konnten. Die Tatsache, dass sie dabei überhaupt nicht gefragt und weitgehend instrumentell behandelt wurden, gestaltet(e) ihre eingeschlossene und prekäre Situation noch schwieriger. Dennoch macht es einen Unterschied, ob die Kinder wohlhabender Eltern mit großen Häusern, Gärten und anderen Kompensationsleistungen gesegnet sind oder in einer viel zu kleinen Großstadtwohnung mit viel zu wenig Bewegungsraum, reduzierten Versorgungsmöglichkeiten, enormen existenziellen Sorgen und mangelhafter Hardwareausstattung zurechtkommen müssen. Kurz gesagt: Durch Corona und die Maßnahmen dagegen konnten die Privilegierten ihren Vorsprung z.B. an Partizipation und Bildungschancen noch ausbauen. Sie blieben während und nach der Corona-Krise bevorteilt und werden noch privilegierter, die Benachteiligten dagegen bleiben durch Bildungsexklusion und »Homeschooling« überwiegend weiterhin unterprivilegiert und werden – auch mangels finanzieller Mittel, z.B. für Hardware, Schreibtisch, eigenes Zimmer, fehlender Nachhilfe – noch stärker benachteiligt.

Droht mit der Corona-Krise ein gesellschaftlicher Rückschritt, entwickelt sich Deutschland mit der Corona-Krise gar zu einem kinderfeindlichen Land?

Wenn über 7 Millionen Menschen in Kurzarbeit geschickt werden, wenn damit durch wegfallendes Erwerbseinkommen tendenziell Armutslagen, soziale Polarisierung und durch Corona(-Maßnahmen) noch verstärkte Bildungsungleichheiten zunehmen, wenn die in der Regel etwa 20 Prozent höheren Einkommen der Männer wieder deutlicher an Bedeutung gewinnen und die Re-Traditionalisierung geschlechtlicher Arbeitsteilung begünstigen, so sind dies eindeutige Hinweise auf einen gesellschaftlichen Rückschritt (sogar im Vergleich zum wahrlich nicht idyllischen Zustand vor der Krise), der schwerlich aufzuhalten sein wird.

Gleichwohl waren und sind während der Corona-Krise auch gesellschaftliche Solidarpotenziale und anti-neoliberale Tendenzen zu erkennen. Wenn es um verschiedenste Hilfsaktionen für bedürftige Mitmenschen ging, waren übrigens stets auch Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene beteiligt. Und natürlich haben auch einige Menschen zur Kenntnis genommen, wer in unserer Gesellschaft wirklich wichtige Arbeit ausübt (bei meist äußerst schäbigen Bedingungen),³ wer von den Politikern noch kurz vor der Krise Krankenhäuser privatisieren und schließen wollte sowie überhaupt Sozialausgaben z.B. zugunsten von Rüstung und Militär kürzen wollte; wer dann von NRW bis Bayern die »Corona-Pandemie« mit Biergärten, Fastnacht und Karneval katastrophal verschlafen hatte und sich dann als großer Krisen-Manager inszenierte. Es wäre zu hoffen, dass die Bevölkerung diesbezüglich nicht allzu vergesslich ist.

Dennoch ist zu befürchten, dass die Starken noch stärker werden und sich Tendenzen entwickeln, wonach von den Krisenfolgen besonders Betroffene Sündenböcke für ihren (drohenden) gesellschaftlichen Abstieg suchen. Auch das kann einen Rechtsrutsch und damit anti-solidarische Rückschritte bewirken, die das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen nicht unerheblich beeinträchtigen könnten, da sozialdarwinistische Deutungs- und Handlungsmuster überhand nehmen.

Beobachten lassen sich bereits Phänomene geschlechtlicher Re-Traditionalisierung in verschiedensten Ländern⁴ sowie Mechanismen der Re-Privatisierung gesellschaftlicher und familiärer Aufgaben: Familien (d.h. allzu oft nur: Frauen/Mütter; vgl. DIW-Wochenbericht 19/2020, S. 33ff.) sollen alles machen und werden gleichzeitig in manchem Kinderschutz-Diskurs fast nur als »Risiko« und viel seltener als ungerechterweise benachteiligte Gruppe mit zu fördernden »Ressourcen« dargestellt, mit der bzw. mit denen bei allen Gefährdungen und Maßnahmen doch gearbeitet werden muss (vgl. Giffey-Brief v. 29.4.2020). Re-Traditionalisierung bedeutet, dass die Verantwortung für Kinder vor allem Zuhause und an ihre Mütter sprich Frauen delegiert wird. Damit entsteht für Kinder bzw. Kindheiten wieder eine extreme Abhängigkeit von den häuslichen Ressourcen. Bislang ist dazu keine Umkehr in Sicht, auch wenn nach und nach Einrichtungen wieder öffnen. Insofern ist zu fragen, ob jetzt auf Kinderschutz zu setzen, ohne (ausreichend) »präventive« bzw. »unterstützende« Angebote (z.B. der offenen Jugendarbeit) zu fördern, nicht ein Rückfall in Richtung »Fürsorge« und totale Objektivierung von Kindern, Kindheiten und Familien bedeuten könnte. Zumindest werden bestehende Rechtsansprüche von Kindern gegenüber der Gesellschaft vor allem auf Fürsorge und Kinderschutz reduziert und ein Ende ist nicht wirklich absehbar, eine Normalisierung nach der Pandemie wird nicht per Knopfdruck möglich sein. Somit kann hier ohne Gegensteuerung leider nur ein Rückschritt diagnostiziert bzw. prognostiziert werden. Leider droht deshalb bei einer zu befürchtenden nächs-

ten Ansteckungswelle (vielleicht ab Herbst 2020) eine ähnlich missachtende Vorgehensweise, wenn nicht endlich kritisch aufgearbeitet wird, wie bislang mit Kindern und Jugendlichen umgegangen wurde. Somit müssen die Interessen von Kindern und die Kinderrechte in der Pandemie deutlicher gestärkt werden.

Entscheidend werden die Kräfteverhältnisse zwischen gemeinwohlorientierten Solidarinteressen und gewinnorientierten Partikularinteressen nach der Krise sein. Bitter ist es zu beobachten, wie seit Jahren die Kinderrechte und die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen von politischer Seite gefeiert wurden, aber zwischen Mitte März und Anfang Mai 2020 selbst die minimalsten kinderrechtlichen Grundlagen, wie der Kindeswohlvorrang, das Diskriminierungsverbot, das Recht auf Entwicklung und Spiel sowie das Recht auf Beteiligung beinahe vollständig abgeräumt wurden, ohne die geringsten Versuche, Kinder, Jugendliche und Jugendverbände auch nur annähernd in Entscheidungsprozesse auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene einzubinden. Selbst die banalsten Formen der Anhörung Jugendlicher, wie sie bei Spiel- und Sportplätzen, Bildungs-, Betreuungs- und anderen Jugendeinrichtungen mithelfen könnten, die Viren-Verbreitung zu bekämpfen und zugleich solidarische Potenziale in der Gesellschaft zu stärken, wurden überwiegend sträflich vernachlässigt. Ob das nach dem Lockdown ohne weiteres wieder hochgefahren werden kann, ist fraglich. Wie die allzu selektive Öffnung von Schulen, Kitas und Offener Jugendarbeit aufzeigt, laufen viele Maßnahmen auch weiterhin auf Aussperrung und Entrechtung vieler Millionen Kinder hinaus, was ebenfalls als Rückschritt im Verhältnis zur ganz und gar nicht beschönigungswerten Vor-Corona-Zeit betrachtet werden muss. Zumal sich viele kinderrechtliche Versprechen der letzten drei Jahrzehnte innerhalb kürzester Zeit als offensichtlich gehaltlos entpuppt hatten, wie auch das Deutsche Kinderhilfswerk in seiner Stellungnahme von Anfang Mai 2020 befürchtet. So zeigt sich doch der Wert von Rechten gerade dann, wenn es darauf ankommt, z.B. in einer Krise. Oder symbolisch gesagt: Ein schönes Dach nutzt nur, wenn es auch bei Regen dicht ist und nicht nur bei Sonnenschein. So ist das offenbar auch mit den Kinderrechten. Dazu reicht es nicht, Kinderrechte bloß als Rechte auf (sicherlich begründeten) Schutz vor der Pandemie zu reduzieren, da ihre instrumentelle und vollständig beteiligungsfreie Behandlung während der Corona-Krise vielmehr monatelang darauf hinauslief, Kinderrechte buchstäblich als Schutz vor Kindern (allein als Viren-Verbreiter!) zu begreifen. Oder, wie es die Leiterin der Monitoring Stelle zur UN-Kinderrechtskonvention beim Deutschen Institut für Menschenrechte, Claudia Kittel in der Presseerklärung zum internationalen Kindertag formuliert: »Das Recht auf Gesundheit, gemäß der Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention, ist ein ganzheitliches Konzept. Es definiert Gesundheit nicht nur als Abwesenheit von Krankheit und schließt auch andere für Kinder relevante Aspekte mit ein. Dazu zählen unter anderem auch Spiel und Freizeit sowie Kontakte zu anderen Kindern. Dieser ganzheitliche Ansatz darf bei den aktuellen Diskussionen um den Schutz

³ Vgl. Alicia Lindhoff (2020): Migrantische Arbeitskräfte. Systemrelevant und unsichtbar: Corona-Krise zeigt die Doppelmoral gegenüber Migrantinnen und Migranten, in: Frankfurter Rundschau v. 6.5.2020

⁴ Vgl. Höland 2020 sowie Charrel 2020.

der Gesundheit von Kindern nicht übersehen werden.«⁵ Wenn jedoch selbst noch zum Weltspieltag (für Kinder!) am 28. Mai 2020 und zum Welt-Kindertag am 1. Juni 2020 die meisten öffentlichen Spiel-Einrichtungen für Kinder geschlossen blieben, während Biergärten, Baumärkte und Bundesliga bereits wochenlang (für Erwachsene) geöffnet waren, stimmt etwas nicht.

Ob also die regierungsamtliche Kinderrechte-Politik der letzten dreißig Jahre sich somit nur als Symbolpolitik erwiesen hat und was angesichts dessen z.B. der Gesetzentwurf der Bundesjustizministerin für die Einführung von Kinderrechten ins Grundgesetz (noch) wert ist, lässt sich schwerlich abschätzen.

Wie könnte einem gesellschaftlichen Rückschritt oder gar einer Entwicklung zu einem kinderfeindlichen Land entgegengesteuert werden? Welche Maßnahmen wären für die unmittelbare Krisenzeit denkbar, welche nach der Krise notwendig?

Drei zentrale Forderungen sind während und nach der Krise unentbehrlich. Als erstes Maßnahmen gegen Armut und zur sozialen Absicherung der Kinder und Familien: Zweitens müssen die kinderrechtlichen Prinzipien des Kindeswohlvorrangs, des Schutzes, der Förderung und vor allem der Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Jugendverbänden (wieder) aufgebaut bzw. umgesetzt werden. Damit verbunden wären drittens Maßnahmen für einen (pandemiegerechten) Ausbau der sozialen Infrastruktur im Wohnumfeld v.a. mittels Jugendhilfe und offener Arbeit.

Als Maßnahmen gegen Armut sind zum Ersten schnellstmögliche Kompensationen der entgangenen kostenlosen Mittagessen für die ca. drei Millionen Kinder im Berechtigtenkreis des sog. Bildungs- und Teilhabepaketes notwendig. Demgegenüber erweisen sich die bisherigen Lieferservice-Ideen der Bundesregierung als weitgehend unrealistisch, unpraktisch und überbürokratisch (vgl. DKSB 2020). Genauso schnelle und unbürokratische Corona-Zusatzhilfen v.a. für arme und armutsgefährdete Familien sowie ein sog. Corona-Elterngeld wären dringend notwendig (vgl. Stellungnahme des DKSB v. 5.5.2020, Butterwegge 2020 etc.). Dass sich die Bundesregierung hierfür Monate lang nicht bewegen ließ, ist angesichts der ansonsten mobilisierten Milliarden Euro für große Konzerne äußerst skandalös. Insofern ist der von der Koalition Anfang Juni 2020 in ihrem Konjunkturpaket beschlossene und nicht auf Hartz IV angerechnete, einmalige Kinderbonus von 300 Euro zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Jedoch wird er (für alle Familien gleich) nicht wirklich zielgenau vergeben, denn die einen sind nicht wirklich auf ihn angewiesen und für die anderen reicht er angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten vorne und hinten nicht aus, um damit die kindbezogenen Kriseneinbußen auch nur annähernd auszugleichen. Auch Jugendhilfe,

Kitas und Schulen kommen im Konjunktur-Programm des Bundeskabinetts leider viel »zu kurz«, wie C. Katharina Spieß vom DIW über den »Schaden einer ganzen Generation« schreibt (siehe Frankfurter Rundschau v. 6./7.6.2020).

Zum Zweiten wären Partizipation von jungen Menschen und Kinderrechte wieder ernst zu nehmen zumindest schon mal Schritte in die richtige Richtung. Viele Kinder und Jugendliche haben sich während der Corona-Krise ungefragt solidarisch für ihre Verwandten und andere Mitmenschen engagiert. Das medial vermittelte alleinige Image von verantwortungslosen Jugendlichen auf sog. Corona-Partys ist eine von Ressentiments geleitete Verleumdung der Jugendlichen und eine Verzerrung der Realität. Anerkennung und gleichberechtigte Ansprache, wie die Verhältnisse innerhalb und außerhalb von Kitas, Schulen und anderen (häufig ignorierten) Bildungseinrichtungen (z.B. der offenen Jugend- und Jugendverbandsarbeit) pandemie-gemäß gestaltet werden sollten, wären wichtig.

Zum Dritten gehören hierzu selbstverständlich die sozialen Strukturen insbesondere der wohnortnahen Kinder- und Jugendhilfe und vor allem der präventiven und partizipativen offenen Kinder- und Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit.

Man könnte das gleichsam einen neuen (generationen-)solidarischen Gesellschaftsvertrag nennen, der oben-dreien die jugendlichen »Vorleistungen« und »Vertrauensvorschüsse« während der Einschließungen berücksichtigt (vgl. Allmendinger 2020). Ebenfalls aus diesem Grund wäre ein sog. Kindergipfel im Bundeskanzlerinnenamt nicht nur symbolisch von wertschätzender Bedeutung, sofern Kinder, Jugendliche, Kinderrechtsorganisationen und Jugendverbände daran auch beteiligt werden. Davon abgesehen sind selbstverständlich zudem weiterhin unmittelbare Aktionen der Solidarität enorm wichtig, während auf der Makro-Ebene politisch deutlich werden müsste, dass besonders Wohlhabende und die Krisen-Profiteure vor allem zur Finanzierung der Krisen-Folgen herangezogen werden und nicht zuerst die Krisen-Opfer, wie es sich in manchen wirtschaftsnahen Spar-Diskursen bereits andeutet. So zeichnet sich ab, dass die Haushalte sowohl im Bund wie auch in Ländern und Kommunen unter enormen Einnahmeausfällen leiden und damit generell weniger Haushaltsmittel zur Verfügung stehen (so beabsichtigt das Konjunkturpaket der Bundesregierung keine Übernahme kommunaler Altschulden; vgl. Frankfurter Rundschau v. 6./7.6.2020). Damit geraten auch die kommunalen Angebote unter Druck, auf die Kinder und Jugendliche besonders angewiesen sind. Einschnitte an dieser Angebotsstruktur müssen unterbunden werden. Im Bereich des Sozialen und der öffentlichen Infrastruktur darf somit nicht gespart bzw. gekürzt werden.

⁵ Deutsches Institut für Menschenrechte: Corona-Pandemie/Kinder müssen bei der Entwicklung staatlicher Maßnahmen gehört werden/ Internationaler Kindertag am 1. Juni 2020, in: Pressemitteilung v. 29.05.2020, Berlin.

Corona(-Maßnahmen) weltweit als (Kinder-) Armuts-Katalysator?

»Alle Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie hatten die Belange von Kindern und Jugendlichen viel zu wenig im Blick.« (Sigrid Peter, Vizepräsidentin des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ), in: Frankfurter Rundschau v. 13.5.2020)

Bereits vor der Corona-Krise waren zum Beispiel in den USA über 37 Millionen Menschen von Hunger bedroht. Allein in der Stadt New York wurden über 100.000 obdachlose Kinder gezählt.⁶ Laut Angaben des Berliner »Tagesspiegel« werden es seitdem immer mehr, sodass in der Corona-Krise sogenannte Food Banks zig-Millionen Bedürftige mit Nahrungsmitteln versorgen müssen, um sie im reichsten Land der Erde vor dem Verhungern zu bewahren.⁷

In einer Kurzinformation der Vereinten Nationen von Mitte April 2020 wurde bereits befürchtet, dass Kinder zwar nicht das »Gesicht« der Corona-Pandemie seien, aber womöglich zu deren größten Opfern zählten.⁸ Weltweit wurden demnach in den Monaten Mitte März bis Mai 2020 über 1,5 Milliarden schulpflichtige Kinder und Jugendliche von Schulen und Bildungseinrichtungen ausgesperrt.⁹

Laut der Hilfsorganisation »SOS-Kinderdorf« gibt es für Menschen in den Armenvierteln (des südlichen Afrikas) de facto nur die Option, am Coronavirus oder am Hunger zu sterben. Denn in den Ländern südlich der Sahara leben mit 413 Millionen Menschen mehr als die Hälfte der extrem Armen weltweit – davon sind 60 Millionen unterernährt. Sogar 565 Millionen Menschen verfügen über keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen, 330 Millionen fehlt die Möglichkeit, sauberes Wasser zu nutzen.¹⁰ Laut UNICEF gibt es in 39 Prozent aller Haushalte in Afrika gar keine sanitären Anlagen zur Hand- und Körperreinigung (UNICEF v. 13.4.2020).

Der UN-Generalsekretär Antonio Guterres, die Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm WFP und das Kinderhilfswerk UNICEF verweisen indessen seit April 2020 darauf, dass weltweit etwa 370 Millionen Kinder durch die Schließungen und Kontaktsperrungen auch keine Schulspeisungen mehr erhalten.¹¹ Zugleich sind lebensrettende Impfkampagnen gegen Masern und Kinderlähmung für 117 Millionen Kinder – unter anderem in Afghanistan und Pakistan – vorerst gestoppt worden.¹²

⁶ Vgl. Stefanie Dodt: Metropole der Ungleichheit. Mehr als 100.000 Schulkinder in New York sind obdachlos, in: Deutschlandfunk v. 2.3.2019

⁷ Vgl. Juliane Schäuble (2020): Coronakrise verschärft die Armut. Millionen hungern in den USA – Food Banks müssen Lebensmittel verteilen, in: Tagesspiegel.de v. 11.5.2020

⁸ Vgl. United Nations (2020): Policy Brief: The Impact of COVID-19 on children, 15. April 2020, New York; S. 2f.

⁹ Vgl. ebd., S. 7

¹⁰ Vgl. SOS-Kinderdörfer Weltweit: Corona-Maßnahmen in Afrika. »Wer zuhause bleibt, verhungert!«, in: Pressemitteilung v. 5.4.2020

¹¹ Vgl. UNICEF: COVID-19: 370 MILLIONEN KINDER HABEN KEINE SCHULSPEISUNGEN MEHR, in: Pressemitteilung v. 29.4.2020, Rom/New York/Köln

¹² Vgl. UNICEF: EINE GLOBALE KATASTROPHE FÜR KINDER VERHIN-

Der Kampf gegen Malaria wurde in vielen betroffenen Ländern eingestellt oder gebremst. Dass diese Entwicklungen durch militärische Konfrontationen und Konflikte, durch nationalistische Wirtschaftskriege sowie vor allem US-geführte Sanktionsregime und Handels-Boycott-Systeme gegen missliebige Staaten noch verschärft werden, scheint inzwischen auch außer Zweifel zu sein. Der UN-Generalsekretär Guterres hat deshalb mehrmals zu Waffenstillständen und der Beendigung von Wirtschafts-Sanktionen in der Corona-Krise aufgerufen, da deren Folgen vor allem der Zivilbevölkerung und deren sozialer und gesundheitlicher Versorgung schaden. Hauptopfer davon sind immer wieder und immer mehr Kinder.

Derweil erwartet das Welternährungsprogramm, dass sich »die Zahl der extrem Hungernden dieses Jahr von 135 auf 265 Millionen verdoppeln wird. Die Weltbank schätzt, dass 40 bis 60 Millionen Menschen zusätzlich in extreme Armut gestoßen werden. Es werden also sehr viel mehr Menschen an den indirekten Folgen von Corona sterben als an den direkten Folgen der Krankheit«, wie die Präsidentin von »Brot für die Welt«, Cornelia Füllkrug-Weitzel am 9./10. Mai 2020 in der Frankfurter Rundschau schreibt. Verschiedenste Entwicklungshilfe-Organisationen kommen zu ähnlichen Ergebnissen und prognostizieren, dass die Corona-Krise arme und benachteiligte Kinder weltweit besonders hart trifft und ihre Zukunft gefährdet.¹³ Derweil gehen Analysen von Save the Children und UNICEF Ende Mai 2020 davon aus, dass die »Zahl der Kinder in von Armut betroffenen Haushalten weltweit in Folge der Covid-19-Pandemie bis Ende 2020 um 86 Millionen Kinder ansteigen. Dies entspricht einem Anstieg von 15 Prozent. Wenn Familien nicht schnell vor den wirtschaftlichen Risiken geschützt werden, würde dies bedeuten, dass in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen bis Jahresende insgesamt 672 Millionen Kinder unter der nationalen Armutsgrenze leben.« Die Analyse von UNICEF und Save the Children geht ferner davon aus, dass rund zwei Drittel der betroffenen Kinder in Subsahara-Afrika und Südasien leben. »Von einem Anstieg der Kinderarmut könnten Europa und Zentralasien am stärksten betroffen sein – mit bis zu 44 Prozent. In Lateinamerika und der Karibik liegt der Anstieg voraussichtlich bei 22 Prozent.«¹⁴

»Corona kills Chancengleichheit« oder: Frisst die Covid-Krise ihre Kinder?

»Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik sind die Grundrechte so flächendeckend, so umfassend und so radikal eingeschränkt worden – aber Kritik oder Protest vernimmt man kaum.« (Heribert Prantl: Wie lange noch, in: Süddeutsche Zeitung v. 5.4.2020; <https://www.sueddeutsche.de/politik/prantls-blick-coronavirus-grundrechte-1.4868817-o#seite-2>)

DERN, in: Pressemitteilung v. 5.5.2020, Berlin/Köln

¹³ Vgl. Child Fund Deutschland/Plan International/Save the Children/SOS-Kinderdörfer weltweit/terre des hommes/World Vision 2020

¹⁴ Vgl. UNICEF/Save the Children (2020): COVID-19: BIS ZU 86 MILLIONEN KINDER ZUSÄTZLICH KÖNNTEN IN FOLGE DER PANDEMIE BIS JAHRESENDE IN ARMUT ABRUTSCHEN, Pressemitteilung v. 28.5.2020 (Köln/Berlin).

Im DIW-Wochenbericht 19/2020 v. Mai 2020 heißt es einleitend: »Mitte März 2020 wurden wie in den meisten europäischen Ländern auch in Deutschland alle Kindertagesstätten (Kitas) und Schulen geschlossen, um die Ausbreitung des Corona-Virus einzudämmen. Seit knapp zwei Monaten sind dadurch etwa 8,8 Millionen betreuungsbedürftige Kinder, die eigentlich eine Kindertageseinrichtung oder Schule besuchen, zu Hause. Dadurch werden diese Kinder nicht nur im Alltag, sondern auch in ihrer sozialen Entwicklung und ihren Bildungschancen beeinträchtigt.« (ebd., S. 332). Dabei sind die mehr als vier Millionen Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren noch nicht einmal mitgerechnet.

Ein Forschungsverbund zwischen den Universitäten Frankfurt a. M., Hildesheim und Bielefeld (Prof. Sabine Andresen/Prof. Wolfgang Schröer u.a.) hat während der Corona-Krise tausende von Eltern und ihre unter 15jährigen Kinder sowie Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 30 Jahren nach ihren Erfahrungen und Perspektiven in der Corona-Zeit befragt. Der Vorstudie ihrer Studie mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 30 Jahren zufolge ist eine zentrale Wahrnehmung der über 5000 Befragten das Gefühl, in dieser Gesellschaft und in dieser Corona-Krise nicht gefragt (worden) zu sein. »Jugendliche und junge Erwachsene haben nicht den Eindruck, dass ihre Interessen in der derzeitigen Krise zählen. Sie nehmen nicht wahr, dass ihre Sorgen gehört werden und sie in die Gestaltungsprozesse eingebunden werden.«¹⁵ Zudem haben sie das Gefühl, nur funktionieren zu müssen und dabei auch nur auf eine Rolle (z.B. Schüler/in, Homeschooling) reduziert zu werden, während fast alle anderen außerschulischen Lebensbereiche jugendlicher Erfahrung völlig ausgeblendet wurden. »Jugendliche und junge Erwachsene werden bei den Diskussionen rund um die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen auf ihre Rolle als Schüler*innen (bzw. Auszubildende oder Studierende) reduziert – die funktionieren sollen. Zudem stehen vor allem nur die Jahrgänge im Fokus, die kurz vor einem Schulabschluss stehen, insbesondere sich in den Abiturprüfungen befinden. (...) Wer immer wieder aus dem Blick gerät, sind junge Menschen, die an Förderschulen sind und/oder eine Beeinträchtigung haben. Für diese jungen Menschen kann das Homeschooling derzeit in dieser Form gar nicht stattfinden, da es beim normalen Schulbesuch schon schwierig ist und sie der Unterstützung bedürfen. Dies wird in der öffentlichen Diskussion nicht berücksichtigt, wie diese jungen Menschen wieder in Schule und Ausbildung zurückgeführt werden können und wollen.«¹⁶ Insgesamt verweisen viele Lehrer*innen darauf, dass sie seit den Schulschließungen mit einer beträchtlichen Zahl von Schulkindern überhaupt keinen Kontakt mehr hatten resp. haben, also Kinder buchstäblich unerreichbar geworden sind (vgl. Frankfurter Rundschau v. 6.5.2020).

Schon vor der sog. Corona-Krise gab es Armut in Deutschland und besonders Kinderarmut. Schon vor dem Frühjahr 2020 ließ sich die soziale Benachteiligung von über vier Millionen Minderjährigen als eine politisch mit zu verantwortende, strukturelle Kindeswohlgefährdung und Kinderrechteverletzung diagnostizieren.¹⁷ Verschiedene Ergebnisse über zentrale Einflussfaktoren und Folgen von Kinderarmut für die soziale Teilhabe haben Silke Tophoven et al. vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in ihrer Studie »Aufwachsen in Armutslagen« (2018) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung vorgelegt. Den Autor(inn)en zufolge führen Armutserfahrungen in der Kindheit dazu, »dass sich die Betroffenen weniger zugehörig zur Gesellschaft fühlen: Je schlechter die Einkommenslage des Haushalts, desto geringer ist das Zugehörigkeitsgefühl und die selbst eingeschätzte gesellschaftliche Positionierung der Jugendlichen.«¹⁸ Hinsichtlich der Folgen von Armutserfahrungen für das Wohlbefinden ermitteln die Forscher*innen, dass Jugendliche und junge Erwachsene mit dauerhaften Armutserfahrungen im Durchschnitt angeben, weniger zufrieden mit ihrem Leben und mit ihrem Lebensstandard zu sein als dauerhaft in einer gesicherten Einkommenslage aufwachsende Menschen. »Insbesondere die Haushaltskonstellation sowie die Erwerbssituation der Eltern haben großen Einfluss darauf, ob ein Kind Armutserfahrungen macht bzw. wie lange diese Erfahrungen vorhalten. Gerade dauerhafte Armutserfahrungen haben weitreichende Folgen für das Aufwachsen und die Teilhabechancen von Kindern. Sie erleben materielle Unterversorgung und nehmen seltener an Freizeitaktivitäten und organisierten Gruppen teil als junge Menschen in einkommenssicheren Familien. Dies alles führt zu einem geringeren Wohlbefinden und weniger Lebenszufriedenheit. Auch die Einschätzung ihrer eigenen Position in der Gesellschaft leidet darunter.«¹⁹ Alle bislang zur Verfügung stehenden (Vor-) Untersuchungen und Studien verweisen darauf, dass sich diese Effekte mit der Corona-Krise weiter verstärkt haben.

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangten schon 2016 die Sozialforscherinnen Claudia Laubstein, Gerda Holz und Nadine Seddig in der Bertelsmann-Studie über Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche, wonach die Lebensqualität und die Zukunftschancen von Kindern durch das Aufwachsen in Armut massiv beeinflusst werden. Überproportional oft wohnen sie unter beengten Verhältnissen und somit meist ohne einen ruhigen Platz für die Erledigung von Hausaufgaben.²⁰ Obgleich die Einschränkungen aufgrund von elterlichem Sparen nicht an erster Stelle stünden, seien doch immerhin ein Viertel der armen jungen Menschen von Schmälerungen beim Essen betroffen,²¹ sie könnten also teilweise oder sogar häufig nicht ausreichend bzw. zu wenig gesunde Ernährung erhalten. Während der permanente Mangel das Familienklima verschlechtere, seien auch

¹⁵ Vgl. Sabine Andresen u.a. (2020): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo, Hildesheim, S. 16.

¹⁶ Ebenda

¹⁷ Vgl. Michael Klundt (2017): In reicher Gesellschaft: Politisch verantwortete Kindeswohlgefährdung, in: Sozial extra 4/2017, S. 22ff.

¹⁸ Tophoven et al. 2018, S. 19

¹⁹ Ebd. S. 20

²⁰ Vgl. Laubstein/Holz/Seddig 2016, S. 13 ff.

²¹ Vgl. ebd., S. 46

die sozialen Netzwerke kleiner, da die Kinder überdies weniger Freizeitangebote – seien es Musikschulen oder Fußballvereine – wahrnehmen könnten. Nicht zuletzt aufgrund fehlender sozialer Wertschätzung entwickelten viele arme Kinder daher ein geringeres Selbstwertgefühl und starteten mit ungünstigeren Voraussetzungen in die Schule, wo sie selbst bei gleichen Leistungen dann auch noch oft schlechter bewertet würden als Kinder aus wohlhabenden Schichten.²²

Somit lässt sich festhalten, dass ständige Erfahrungen von Mangel und Verzicht vor, während und nach Corona mit dazu beitragen, dass sich junge Menschen, die in ihrer Kindheit Armutserfahrungen machen müssen, weniger wohl und weniger zugehörig zur Gesellschaft fühlen. Ausgehend davon, dass junge Menschen, die dauerhafte Armutslagen erleben und SGB-II Leistungen beziehen, seltener in einem Verein aktiv oder an organisierten Freizeitaktivitäten beteiligt sind als besser gestellte Gleichaltrige, sehen Annette Stein und Jörg Dräger von der Bertelsmann-Stiftung die Gefahr, dass sich diese jungen Menschen auch als Erwachsene aufgrund ihrer Perspektivlosigkeit von der Gesellschaft abkoppeln – mit weitreichenden Folgen. »So hängt unter anderem auch die politische Beteiligung mit dem sozialen Status zusammen: je niedriger der sozioökonomische Hintergrund, desto geringer die Wahlbeteiligung. Gerade in Zeiten einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft sollte dies ein Warnsignal sein.«²³ Es sei daran erinnert, dass die beklagte »zunehmende Polarisierung« gerade von der Bertelsmann-Stiftung seit Jahrzehnten mit einflussreichen Konzepten zur Privatisierung, Flexibilisierung, Deregulierung und Neoliberalisierung aller gesellschaftlicher Bereiche und besonders von Bildung und Sozialstaat maßgeblich mit vorangetrieben worden ist.²⁴ Dazu zählten auch noch ein halbes Jahr vor Beginn der Corona-Krise Vorschläge, die Hälfte aller Krankenhäuser bzw. Krankenhausbetten einzusparen (vgl. ZEIT v. 15.7.2019), womit im Frühjahr 2020 in Deutschland sicherlich ähnliche Verhältnisse erreicht worden wären wie in Nord-Italien oder in New York.

Die bislang erhältlichen, spärlichen empirischen Studien zur Kinderarmut während der Corona-Krise zeigen, dass sich diese soziale Polarisierung nicht etwa reduziert hat, sondern vielmehr noch deutlicher als vorher hervorscheint (vgl. Geis-Thöne 2020, in: IW-Report 15/2020, S. 2). Auch darf nicht vergessen werden, wie viele hunderttausende Menschen inzwischen wieder in Deutschland auf der Straße leben (laut Tagesschau.de v. 11.11.2019 über 678.000 Menschen, darunter um die 37.000 Jugendliche; vgl. DJI-Studie 2017)²⁵ und wie viele Menschen vom Flaschen-Sammeln, Betteln oder von Tafeln leben müssen. Für sie muss das Motto: »Wir bleiben zuhause!« einigermaßen befremdend gewirkt haben. Etwa 80.000 Minderjährige lebten z.B. 2018 in teilsanktionierten ALG II-Haushalten und über 5.000 Kinder mussten ertragen, dass ihre sog. Bedarfsge-

meinschaft vollsanktioniert wurde (vgl. Tagesspiegel.de v. 21.11.2019). Damit gehörten für diese Jugendlichen und Familien mit Kindern tatsächlich Probleme absoluter Armut – die Sorge um ein Dach über dem Kopf oder um Licht und Wärme in der Wohnung, Hunger, Mangel an Kleidung und medizinischer Versorgung – zum täglichen existenziellen Überlebenskampf. Dennoch werden sie allzu oft ignoriert. Ihre Situation hatte sich durch die Corona-Krise und die Hamsterkäufe sogar noch verschlimmert. Tafeln schlossen auch mangels (preiswerter) Waren, fehlenden Ehrenamtlichen u.a. und kaum jemand konnte auf der Straße angebettelt werden, aufgrund der Kontaktsperrungen und Einschränkungen. Besonders schwer haben es Obdach- und Wohnungslose (in Not- bzw. Gemeinschaftsunterkünften), Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige, Suchtkranke, Flüchtlinge und Migrant(inn)en ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, Prostituierte, Erwerbslose und Geringverdienende (»Hartz-IV«-Beziehende), Kleinstrentner*innen (Bezieher*innen der Grundversicherung im Alter) und Studierende, deren Nebenjob weggefallen ist.²⁶ In einem der reichsten Länder der Erde sind darüber hinaus auch relative Entbehrungen, Ausgrenzungen und Benachteiligungen im Verhältnis zum allgemeinen gesellschaftlichen Lebensstandard als armutsrelevant anzusehen, wie die aktuellen Home-schooling-Debatten um die angebliche Selbstverständlichkeit von ausreichender Hardware-Ausrüstung bei jedem Schulkind zeigen.²⁷

Wichtig ist jedoch ganz grundsätzlich, dass Armutsanlässe, wie Scheidung, Alleinerziehenden-Status, Migrationshintergrund oder sogar Arbeitslosigkeit nicht mit den zugrundeliegenden Ursachen im vorhandenen Wirtschafts- und Sozialsystem verwechselt werden. Denn eine sozial gerechte Familien- und Sozialpolitik und eine gute Bildungs-, Betreuungs- und Arbeitsmarktpolitik kann auch für Kinder von arbeitslosen, alleinerziehenden oder migrantischen Eltern ein armutsfreies Leben ermöglichen. Mit Abstrichen könnte dies selbst für die Corona-Pandemie gelten, welche weniger zur Ursache als zum Anlass von verschärften Verarmungsprozessen landes- und weltweit geraten ist und die darunter liegenden sozio-ökonomischen sowie bildungs- und gesundheits-systemischen Ursachen zu überstrahlen droht. Genauso problematisch wie die einseitige Kennzeichnung von Kindern als »Armutsrisiko« oder gar »Armutursache«, hat sich in der Corona-Krise die weitgehend wissenschaftlich unbewiesene Beschreibung und Behandlung von Kindern als reine »Viren-Schleudern« erwiesen.²⁸

Corona-Krise wirkte und wirkt nicht auf alle Kinder gleich

Kinder in Armut und unter prekären Lebensbedingungen sind durch die Kontaktsperrungen, Spiel-, Sport- und Bewegungs-Verbote, die Wohnungseinschließungen sowie Bildungs-Ausschließungen besonders hart be-

²² Vgl. ebd., S. 56

²³ Tophoven et al. 2018, S. 7

²⁴ Vgl. Klundt 2019, S. 154f.

²⁵ Vgl. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/hilfuer-junge-wohnungs-und-obdachlose/133826>

²⁶ Vgl. Butterwegge 2020

²⁷ Vgl. Bonath 2020

²⁸ Vgl. Deutsches Ärzteblatt 19/2020 v. 8.5.2020, S. 990ff.; Pamela Dörhöfer: Wie infektiös Kinder sind, in: FR v. 7.5.2020

troffen. Noch schlimmer traf es obdachlose Jugendliche oder Flüchtlingskinder in Massenunterkünften, wo niemand »social distancing« betreiben konnte und kann. Wer dagegen Garten, Pool und Indoor-Spielplatz sein Zuhause nennt, erlebt die überwiegenden Einschließungen völlig anders, als jemand mit mehreren Personen in viel zu wenigen kleinen Räumen einer winzigen Behausung mit ungesunder Wohnumgebung und schlechter technischer Ausstattung bei Eltern, die gerade um ihre wirtschaftliche Existenz kämpfen bzw. einen gravierenden Teil ihres Gehalts oder gleich ihren Arbeitsplatz verlieren oder mangels Home Office-Möglichkeiten tägliche Infektionen befürchten müssen.²⁹

Deshalb hält auch die Armutsforscherin Gerda Holz mehr Unterstützung seitens der Politik für nötig, um in dieser Zeit für Kinder, die in Armut leben, zu sorgen, da ihnen die finanziellen Ressourcen, um eine ausreichende und gesunde Ernährung zu sichern, fehlen. »Der Grund ist, dass armutsbetroffene Kinder und Jugendliche auf eine sozialstaatliche Sicherung angewiesen sind, die auf zwei Säulen basiert. Eine davon fällt in der Krise weg. Zum einen haben sie den Anspruch auf finanzielle Unterstützung – zum Beispiel in Form des Regelsatzes, der ihnen nach Hartz-IV (SGB II) zusteht, zum anderen auf zusätzliche Leistungen zur Bildung und Teilhabe (BuT). Der Regelsatz wird als Geldleistung an die Eltern ausgezahlt. Die BuT-Leistungen bekommen die Kinder in Kitas, Schulen oder Vereinen, zum Beispiel, indem Kosten für eine Vereinsmitgliedschaft, den Musikunterricht oder aber das gemeinschaftliche Mittagessen in der Schule oder Kita übernommen werden. Mit der Schließung dieser Einrichtung bricht aber die Versorgung oder ein Zugang zu diesen BuT-Leistungen weg. Und es ist klar: Der Regelsatz alleine reicht nicht.« (ZDF v. 3.5.2020) Die verschiedenen bürgerschaftlichen Initiativen zur Nothilfe seien selbstverständlich loblich, doch, dass sich jemand um die existenziellen Belange von armutsbetroffenen Kindern kümmert, erst recht in Not- und Krisenzeiten, dürfe keine Frage von Wohltätigkeit und bürgerschaftlichem Engagement sein. »Das ist sozialstaatliche Verantwortung und über öffentliche und im öffentlichen Auftrag tätige Institutionen zu gewährleisten«, betont die Sozialwissenschaftlerin korrekterweise.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch eine Studie für das »Institut der deutschen Wirtschaft« (IW) vom 20. April 2020. Auf Basis einer Datenauswertung des sozio-ökonomischen Panels gelangt deren Autor Wido Geis-Thöne zu dem Resümee, dass sich die Lage bei den verschiedenen im SOEP erfassten materiellen Ressourcen für Kinder aus sog. bildungsfernen Familien, aus Familien im Transferbezug, bei Alleinerziehenden und aus Familien mit Migrationshintergrund deutlich ungünstiger darstellt als für andere Kinder. »Bestehen in den betrachteten Bereichen Defizite, kann dies die Aktivitätsmöglichkeiten der Kinder im häuslichen Umfeld deutlich einschränken, das Lernen zu Hause im Rahmen von Homeschooling schwierig machen und zu Konflikten in den Familien führen. Die Maßnahmen

zur Eindämmung des Corona-Virus wirken sich für die betroffenen Kinder also besonders negativ aus und können ihre Entwicklung in substanziellem Maße hemmen, wenn sie längerfristig aufrechterhalten werden müssen.«³⁰

Während die verschiedensten bundesweiten Eltern- und Kinder-Befragungen und Studien noch ausgewertet werden, konnte eine im Mai 2020 noch laufende Studie der Universität Oxford u.a. bereits untersuchen, wo die Hauptstressquellen für Eltern aktuell liegen. Sie zeigt, wie besorgniserregend sich die Corona-Krise auf die Psyche von Familien auswirkt.³¹ Ihre ersten Zwischenergebnisse vom 3. Mai 2020 besagen, dass von den bisher 5.000 befragten Eltern ca. 80 % angaben, dass alle Dienstleistungen, die bisher im Zusammenhang mit der Betreuung der Kinder standen aktuell fehlen. Besonders betroffen sind Eltern, deren Kinder einen erhöhten bzw. sonderpädagogischen Förderbedarf haben, wodurch bei ihnen das Stresslevel außerordentlich hoch sei.³²

Kinder und Jugendhilfe wochenlang nicht »systemrelevant«?

Zu Beginn der fünften Woche des Shutdowns in Deutschland, am Montag, dem 20. April 2020 ging es auch bei »Hart, aber fair« mit Jörg Plasberg in der ARD mal wieder um Corona. Interessanterweise sagte bei dieser Gelegenheit der Gesundheitsökonom und Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach (SPD), dass unter den nun vielen international und national bekannten Studien zu Corona merkwürdigerweise keine einzige untersuche, ob Kinder tatsächlich Viren-Verbreiter für Erwachsene und Ältere seien (also sog. Spreader). Angesichts der Selbstverständlichkeit, mit der viele Berufstätige mangels Home-Office-Möglichkeiten weiterarbeiten mussten, überall Märkte mittels Ordnern Erwachsenen weiterhin zur Verfügung standen, aber Spielgelegenheiten und -Orte jeglicher Art und in Großstädten sogar auf Privatgelände einfach mehr als sechs Wochen lang vor Kindern abgesperrt wurden, ist dies schon bemerkenswert. Und es dauerte auch in Deutschland über einen Monat, bis öffentlich die Frage diskutiert werden konnte, ob nicht auch durch spielbetreuende Streetworker und Sozialarbeitende eine zumindest kontrollierte Nutzung von Spielplätzen in Erwägung gezogen werden könnte (siehe Giffey in: FR v. 23.4.2020).

Sah und hörte man im Fernsehen Kinder und ihre Perspektiven, so waren diese überwiegend mittelschichtorientiert (oft saßen sie im Garten und hinter ihnen sah man sogar noch ein großes Trampolin). Selten ging es um Arbeiter- und Kassiererinnen-, Krankenschwestern- und Altenpfleger-Kinder. Und sozial benachteiligte Kinder und Familien wurden fast ausschließlich unter Kinderschutz-Kriterien betrachtet, als würden nur die Armen ihre Kinder misshandeln. Die sozioökonomischen Sorgen der Familien in prekären Verhält-

³⁰ Geis-Thöne 2020, S. 20

³¹ Vgl. <https://www.familie.de/familienleben/oxford-studie-so-geht-es-eltern-und-kindern-in-der-corona-zeit-wirklich/>

³² Vgl. Waite u.a. 2020, S. 3f.

²⁹ Vgl. Tagesspiegel.de v. 10.5.2020 und Rosendorff 2020

nissen z.B. nach Wegfall kostenloser Mittagessen in Kitas, Horten und Schulen für viele hunderttausende Kinder waren zumindest einen Monat lang praktisch gar kein öffentliches Thema.³³ Da war und ist jeder Profi-Fußballverein und jeder millionenschwere Promi medienrelevanter als 13 Millionen Kinder und Jugendliche zusammen (übrigens auch hinsichtlich Hygienematerial, Masken-, Test- und Behandlungsmöglichkeiten, an die immer noch jeder Bundesliga-Club schneller herankommt, als alle Fachkräfte von Altenheimen und Jugend-Einrichtungen zusammen).

Privatisierung der Krisen-Risiken als neoliberales Programm?

Wenn es etwas gab, was die Corona-Krise weltweit lehrte, so war es die Erkenntnis, dass Gesundheitssysteme niemals (nach Fallpauschalen) marktgemäß, sondern besser bedarfsorientiert gestaltet sein sollten. Die Privatisierung diverser Gesundheitssysteme weltweit hat vielen Menschen buchstäblich das Leben gekostet. Unterdessen wurden alle Probleme und Risiken der Corona-Krise auf die privaten Haushalte und Familien abgewälzt, was zumeist nur hieß und heißt: auf die Frauen und Mütter, die in re-traditionalisierter Weise die meisten Sorgetätigkeiten aufgedrängt bekamen. Dieses Muster der Privatisierung sozialer Risiken passt selbstverständlich auch in wirtschaftsliberale Modelle der Privatisierung aller sozialer Bereiche (wie Bildung, Altersvorsorge, Pflegebedarf, Krankheit usw.). Somit lässt sich die Privatisierung der Krisen-Folgen und -Probleme mühelos in neoliberale Programme der marktgemäßen Re-Regulierung der Gesellschaft integrieren, was sie jedoch nur umso pandemie-anfälliger macht (s. USA).

Vielerorts vergaß man angesichts der medienwirksamen Inszenierung der sog. Krisen-Manager, dass manch einer von ihnen eben noch verschärftem Abbau des Sozialstaates das Wort redete. So sagte z.B. der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn vor etwa drei Jahren noch als damaliger Staatssekretär im Finanzministerium, dass doch der Sozialetat ruhig zugunsten von Militär und Rüstung zurückstehen könnte. »Etwas weniger die Sozialleistungen erhöhen in dem einen oder anderen Jahr – und mal etwas mehr auf Verteidigungsausgaben schauen«, forderte der CDU-Spitzenpolitiker in einem BILD-Interview (Jens Spahn, in: BILD v. 21.2.2017). Noch Ende Januar 2020 sprach der Gesundheitsminister Jens Spahn »von einem im Vergleich zur Grippe ‚milden Infektionsgeschehen‘. Anfang Februar (2020) behauptete er, es seien ausreichend Intensivstationen da mit guter Ausstattung. Am 26. Februar wandte er sich öffentlich gegen das Absagen von Großveranstaltungen. Noch am 14. März (2020) trat Spahn ‚Gerüchten‘ entgegen, die Bundesregierung plane Einschränkungen des öffentlichen Lebens« (Frankfurter Rundschau v. 30.5./31.5./1.6.2020). Viele seiner Kolleg(inn)en waren wie er bislang damit beschäftigt, das Gesundheitssystem u.a. mit Fallpauschalen kaputt zu kürzen und zu

privatisieren, dann über Wochen die Corona-Brisanz in Bayern und NRW mit Fastnacht, Biergärten und Karneval zu verschlafen, und schließlich die großen Krisen-Manager zu spielen.

Auf den Appell vieler Wissenschaftler*innen »Mehr Kinderschutz in der Corona-Pandemie« vom 29. März 2020 antwortete die Bundesfamilienministerin in einem Brief an die Initiatorinnen am 29. April 2020. Dr. Franziska Giffey's Antwort spricht über »besonders belastete Familien« weitgehend in der Objektperspektive und von den Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe immerhin überwiegend in der würdigenden Subjektperspektive. An keiner Stelle spricht die ziemlich wohlfeile Antwort Giffey's jedoch davon, was Familien und Kinder gerade in Corona-Zeiten »belastet«, an keiner Stelle von Kinderarmut, von fehlendem, kostenlosen Mittagessen in der Kita oder der Schule, von sinkenden Familieneinkommen und steigenden Betreuungs-Anforderungen in Familien, von starken Einschränkungen der Kinderrechte, während Fabriken und Geschäfte, Kirchen und Profi-Fußballer längst wieder fröhlichen Körper-Kontakt ausüben.³⁴

Eine Lehre in »Marktversagen« oder ganz normaler Kapitalismus?

Während seit Mai 2020 in Deutschland über 7 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit gemeldet sind und damit enorme Einkommenseinbußen zu erwarten haben, kamen einige Krisen-Profiteure bereits zu Beginn des Corona-Crashes gar nicht mehr aus dem Jubel-Modus heraus. Denn nicht alle leiden unter den Corona-bedingten Wirtschaftsabstürzen. Finanz-Spekulanten wie der Fonds-Manager Hendrik Leber können dem Börsencrash viel abgewinnen. Auf die Frage von Focus Online, ob man sich als sog. Value-Investor über einen Börsencrash freuen, antwortete der sog. Finanzprofi: »Ja, ich habe meinem Team gesagt, lasst uns auf die Jagd gehen. Denn uns kommen reihenweise tolle Gelegenheiten entgegen, Aktien die bisher immer zu teuer waren. Ich bin in einer richtig positiven Stimmung!« (Börsencrash als günstigen Einstieg nutzen. Finanzprofi glaubt: »Dax wird noch tiefer fallen – aber das ist egal«, in: Focus.de v. 15.3.2020)

Man musste nicht abwarten, bis der US-Präsident relativ offen darauf spekulierte, alleinige Zugriffsrechte auf Anti-Corona-Medikamente oder -Impfstoffe zu erhalten, die er dann gerne allen anderen Ländern teuer hätte verkaufen wollen. Es musste kein Maskendiebstahl durch die USA stattfinden, um zu zeigen, wie wirtschaftliche und zwischenstaatliche Konkurrenz funktioniert. Dazu reichten bereits die ersten Wochen der Corona-Krise in Europa des Frühjahrs 2020 und die jeweiligen nationalistisch-egoistischen Maßnahmen der EU-Staaten gegeneinander, die sich lieber gegenseitig die Masken und Beatmungsgeräte wegnahmen, ihre Grenzen gegeneinander abschlossen und jegliche solidarische Wirtschaftshilfen wie Corona-Bonds (erstmal) ausschlossen.

³³ Vgl. Danzer/Spieß u.a. 2020: Bildungsökonomischer Aufruf. Bildung ermöglichen! Unterricht und frühkindliches Lernen trotz teilgeschlossener Schulen und Kitas v. 3.5.2020

³⁴ Vgl. Giffey 2020, S. 1-4

Der Paritätische Gesamtverband empörte sich über das angebliche Versagen des Marktes und bemerkte nicht, dass er mit seiner Kritik das Grundprinzip kapitalistischer Märkte offenbart hat. »Wenn eine Atemschutzmaske Mitte Februar noch nicht einmal 50 Cent und sechs Wochen später 13 Euro koste, sei dies ein Lehrbuchbeispiel für Marktversagen«, so der Paritätische Gesamtverband in einer Pressemitteilung vom 30. März 2020.³⁵ Es ist aber eher ein Lehrbuchbeispiel für die Gesetze des Kapitalismus. Das ist kein Versagen des Marktes – so funktioniert er. So funktioniert Kapitalismus, der gerade in Krisenzeiten sein absolut zynisches Wesen offenbart.

Wem das nicht gefällt, der und die muss sich für eine gemeinwohlorientierte Wirtschaftsweise einsetzen, welche profitorientierten Kapitalismus hinter sich lässt. Wie es Gabriele Winker formuliert, ist »der Zweck einer kapitalistischen Ökonomie (...) die Verwertung des eingesetzten Kapitals. Dafür muss Arbeitskraft in hinreichender Quantität und Qualität zur Verfügung stehen. Dies wird in einer kapitalistischen Gesellschaft primär unentlohnt durch die Sorgearbeit in Familien gewährleistet. Hier wird die zukünftige Generation der Erwerbstätigen geboren, erzogen und betreut, und hier wird auch die Arbeitskraft der derzeitigen Erwerbstätigen wiederhergestellt. Seit im neoliberalen Kapitalismus alle erwerbsfähigen Personen durch Erwerbsarbeit eigenständig für ihren Lebensunterhalt aufkommen müssen, fehlt jedoch für diese familiäre Sorgearbeit die Zeit. Dieses Problem wird noch verstärkt durch eine staatliche Austeritätspolitik, die an der sozialen Infrastruktur spart, mit der Konsequenz, dass es in der öffentlichen Daseinsvorsorge fast überall an Personal und Ressourcen fehlt. Besonders sichtbar wird dies in Zeiten von Corona in den Krankenhäusern und Pflegeheimen am Mangel an Pflegekräften oder Schutzausrüstung.«³⁶ Und es ließe sich noch hinzufügen, dass die (Bewältigung der) Corona-Krise die Privatisierung der Risiken und die Re-Traditionalisierung der Familien- und Geschlechterverhältnisse noch verstärkt (hat).

Schnell wurde während der einsetzenden Wirtschaftskrise klar, dass die Folgen des Crashes vor allem von den Lohnabhängigen zu tragen sein werden. Gerade die digitalen Gewinner der Krise von Apple über Microsoft und Google bis Amazon haben sich bislang durch sog. kreative Steuergestaltung der öffentlichen Finanzierung auskömmlicher Sozialsysteme und ausreichender Gesundheitsversorgung entzogen. Und umgekehrt wurden oft die Stärksten von den Wirtschaftshilfen der Staaten am meisten bedient, sodass selbst eingefleischte Unternehmer ins Grübeln kamen: »Bei den gegenwärtigen Diskussionen um Rettungsmaßnahmen und die Übernahme von Lasten der Krise könnte ich glatt zum Sozialisten werden«, klagte der Chef der Hotelgruppe »Motel One«, Dieter Müller in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung v. 29.4.2020 über die »Rettungsmaßnahmen« der Bundesregierung etwa für Banken. Große Konzerne,

wie VW, Daimler, BMW, TUI usw. schütteten weiterhin Milliarden Dividenden an ihre Kapitaleigner aus, während sie hunderttausende ihrer Beschäftigten in Kurzarbeit schickten, sodass diese nicht nur gravierende Gehaltseinbußen hatten, sondern die Steuer- bzw. Beitragzahlenden einen Teil der Gehälter und der Dividenden finanzieren durften. Selbst in den schlimmsten Krisen-Phasen und zu den schlimmsten Krisen-Zeiten im Frühjahr 2020 wurde die Rüstungsproduktion mit allen Begleiterscheinungen aufrechterhalten (was zumindest einige Priester in Italien zum Anlass nahmen, dies zu kritisieren; vgl. Vaticannews. va v. 3.4.2020). All dies kann als Nachweis für die These gewertet werden, dass die Corona-Krise und ihre Bewältigung nicht für alle gleich wirkte, ja, dass sie die Umverteilung von unten nach oben sogar noch verstärkt hat.

Es ist schon bemerkenswert: Wenn es etwas gibt, das jedes Kind in Schule und Medien dieses Landes über die Legitimation gigantischer Gehälter und des Privatbesitzes an den wichtigsten Produktionsmitteln für eine klitzekleine Minderheit lernen muss, so ist es die Begründung mit dem sog. unternehmerischen Risiko. Da ist es schon beeindruckend, wie schnell erstens dieses Risiko an die Beschäftigten weitergegeben wird und zweitens, nach Beginn von Rezessionen und Wirtschaftskrisen die reichsten Aktiengesellschaften mit den stärksten Kapitaleigentümern nach Mietentlastungen und staatlichen Hilfen bzw. Kurzarbeitergeldern schreien (letztere bedeuten ja nur, dass ein Teil des reduzierten Gehalts nunmehr vom Beitrags- bzw. Steuerzahler entrichtet wird). Bei der letzten Weltwirtschaftskrise von vor zehn Jahren durften diverse Hilfgelder an Großbanken sogar bei der Aufrechterhaltung der jeweiligen Bonisysteme im Spitzenmanagement dienen (dort also, wo man angeblich aufgrund herausragender Leistungen gratifiziert wird und im Prinzip ebenfalls unternehmerisches Risiko trage). Diesmal möchte man staatliche Gelder und gleichzeitig Dividenden ausschütten – quasi von den Steuerzahlenden finanziert. Demgegenüber sind besonders Krisen-betroffene Kinder und Familien kaum berücksichtigt worden.

Zwischenfazit oder: Wo sind die Rettungsschirme für die Kinder der Krise?

Während Erwachsene Autos, Möbel und anderes kaufen durften, war es Kindern über mehrere Wochen lang verboten, auch nur ihre besten Freundinnen und Freunde zu treffen. Nach ein paar Wochen Einschließung mehrerer Millionen Heranwachsender meldeten sich die verschiedenen Kinderrechts- und Menschenrechts-Organisationen mit dem Hinweis, dass die Kinderrechte eigentlich auch in Corona-Zeiten gültig seien (vgl. DKSB, DKHW, Deutsches Institut für Menschenrechte, National Coalition etc.). Doch auch medial verging noch einige Zeit, bis diese Bedenken überhaupt öffentlich zur Kenntnis genommen wurden. Wie gesagt, hatte jeder einzelne Fußballprofi-Club-Manager mehr mediale Präsenz als alle Kinder Deutschlands zusammen. Jede Kirche war schneller wiedereröffnet als tausende Kinderspielplätze. Millionen von Kindern und Jugendlichen wurden völlig ungefragt vergessen bzw., was noch schlimmer ist, einzig und allein und weitgehend ohne wissenschaftliche

³⁵ Akuter Mangel an Schutzausrüstung: Paritätischer fordert staatliche Intervention und Unterbindung des freien Handels mit Schutzkleidung und Atemmasken, in: Pressemeldung v. 30.3.2020

³⁶ Winker 2020

Beweise als sog. Viren-Schleudern angesehen, die man am besten einfach nur wegschließt, ohne sie auch nur ansatzweise in die Entscheidungsprozesse einzuweihen, geschweige denn einzubinden.

Und unter den Kindern und Jugendlichen sah man in den Nachrichten fast immer nur solche im Garten und in großräumigen Wohnungen mit gleichwohl stressbelasteten Home-Office-Eltern. Doch was war mit den anderen Kindern? Denen, deren Eltern gar kein Home-Office machen konnten bzw. können? Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, Jutta Allmendinger forderte in einem Radio-Interview mit Christoph Scheffer in hr-info vom 26. April 2020, dass die Politik nicht nur Virologen anhören sollte, sondern z.B. auch Sozialwissenschaftler/innen. Da die Lasten der Krise nicht gerecht verteilt seien, warnte die Soziologin vor einem Vertrauensverlust. Zwar rückten »wir« gerade alle zusammen und verzichteten für die Gesundheit aller auf viele unserer Freiheiten. Doch diese Lasten und auch die Risiken seien nicht gerecht verteilt, so Allmendinger: »Die Kassiererinnen im Supermarkt haben einen erbärmlichen Schutz. Die haben bestenfalls eine Stoffmaske und diese Plexiglaswand hilft auch nur zum Teil.«

Besonders betroffen von den Einschränkungen seien jedoch Kinder und Jugendliche: »Die können sich nicht mehr mit Freunden treffen, ihre Ausbildung nicht mehr geseit fertig machen.« Ein riesiger »Vertrauensvorschuss an die Älteren« – verbunden mit der Erwartung der Jungen, später »von den Älteren gehört zu werden in Sachen Generationengerechtigkeit und Schutz unseres Planeten«. Vor allem für Kinder aus »bildungsarmen Schichten« könne die Schließung von Kitas und Schulen dazu führen, dass sie gar keine Chance hätten, was dann in zehn bis zwanzig Jahren sichtbar werde. Es sei daher eine »hohe und edle Aufgabe von Bund und Ländern, die Bürgerinnen und Bürger aus dieser Krise teilherauszuführen« und dafür zu sorgen, dass »die Gruppen, die besonders gelitten haben unter diesen sehr restriktiven Maßnahmen, sich auch gehört und angesprochen fühlen«. Sonst drohe ein dramatischer Vertrauensverlust, warnte Allmendinger. (*Sendung: hr-iNFO, Das Interview v. 26.04.2020, 10.05 Uhr*)

Die beiden Forscher Stefan Liebig, Direktor des SOEP, und Simon Kühne von der Universität Bielefeld stellten unterdessen ähnliches in Ergebnissen ihrer Zusatzhebung des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zu den Auswirkungen der Corona-Krise fest, die sie am 29. April in einem digitalen WZB-Kolloquium vorstellten. Demnach trifft das Coronavirus nicht alle in gleichem Maße und Familien seien als die »Hot Spots« der Krise zu bezeichnen, wobei auch besonders auf soziale Ungleichheitsstrukturen und die Kumulation von Vor- und Nachteilen hingewiesen wurde.³⁷

Somit scheint sich Christoph Butterwegges Prognose zur Verschärfung der sozialen Spaltungsprozesse während, durch und nach Corona auch und gerade für

Kinder und Jugendliche in armen und prekären Verhältnissen zu bewahrheiten. In einem Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland hatte der Armutsforscher Ende März 2020 einen »Rettungsschirm für die Allerärmsten« und sog. Corona-Hilfen gefordert, um der Zerfurchung der deutschen Gesellschaft durch die Corona-Krise entgegenzuwirken. Ansonsten drohe eine Verelendung ungeahnten Ausmaßes.³⁸

Ergebnis und Fazit

Obleich Bund, Länder und Kommunen auch in Zeiten der Corona-Pandemie zur vollumfänglichen Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet waren, konnte mit dieser Untersuchung nachgewiesen werden, dass dies in der Praxis weitgehend versäumt wurde. Wie die Vize-Präsidentin des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ), Sigrid Peter es formuliert hat, wurden die »Kinder als Mittel zum Zweck gesehen« (Frankfurter Rundschau v. 13.5.2020). So sind nachweislich elementare Schutz-, Fürsorge- und Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen verletzt worden. Praktisch alle Entscheidungen und Maßnahmen der Politik seit März/April 2020 wurden somit völkerrechtsverstoßend und bundesgesetzwidrig ohne vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls vorgenommen. Kinder und Jugendliche sind in diesem Zusammenhang keineswegs ausreichend beteiligt worden oder zumindest in Entscheidungsprozessen einbezogen oder wenigstens angehört worden. Und das war sogar so offensichtlich, dass sich selbst die Kinderkommission des Deutschen Bundestages am 7. Mai 2020 schließlich genötigt sah anzumahnen, »die Bedürfnisse und die in der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften Rechte von Kindern in der Corona-Pandemie nicht aus dem Blick zu verlieren«.³⁹ Eine weitreichende Verletzung von Kinderrechten ist demnach anzuzeigen. Oder, um es mit den Worten der Monitoring-Stelle für die UN-Kinderrechtskonvention beim Deutschen Institut für Menschenrechte in ihrer Stellungnahme vom 29. Mai 2020 auszudrücken: »Die politischen Diskussionen und getroffenen Maßnahmen in Deutschland haben gezeigt, dass Kinder als Träger_innen eigenständiger Rechte schnell übersehen werden. Staatliche Maßnahmen greifen in Deutschland bislang zu kurz, wenn es um die Verwirklichung der UN-KRK in der aktuellen Krisensituation geht. Auch Kinder und Jugendliche sind gefährdet und ihre Rechte sind zu berücksichtigen, besonders jetzt in Zeiten einer Pandemie. Gerade in Krisensituationen muss sich das gesellschaftliche und politische Handeln an den Menschenrechten messen lassen und deutlich machen, dass jedes Leben gleich geschätzt wird.«⁴⁰

Dies hat sich selbst mit dem Lockerungsprozess kaum gebessert, bei dem die Kinder und Jugendlichen ebenfalls so gut wie nicht weiter gefragt wurden, wie Schulen, Horte, Kitas, Spielplätze und andere Bildungseinrichtungen am sinnvollsten wieder »hochgefahren« werden sollten. Eine Entmündigung ohne Gleichen hat demnach

³⁷ Liebig/Kühne 2020, S. 2/12

³⁸ Interview mit Thoralf Clevén, in: Redaktionsnetzwerk Deutschland RND v. 31.03.2020

³⁹ Kinderkommission 2020, S. 1

⁴⁰ Deutsches Institut für Menschenrechte 2020, S. 12

stattgefunden und es wäre dringend notwendig, dass zumindest diejenigen Politiker/innen, welche seit Jahren öffentlichkeitswirksam die Kinderrechte hochleben lassen, sich dieser Dramatik stellen – z.B. auf einem Kindergipfel, der gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen, Jugendverbänden und Kinderrechtsorganisationen überlegt, wie dieser Prozess wieder kinderrechtsgemäß gestaltet werden könnte. Bislang lassen sich regierungsseitig keinerlei wirksame Gegenmaßnahmen zu den Kinderrechtsverletzungen hinsichtlich Partizipation, Förderung (z.B. Bildung, Jugendhilfe-Infrastruktur) oder Schutz (z.B. vor Armut) erkennen, sodass ein gesellschaftspolitischer Rückschritt diagnostiziert werden muss.

Darum ist es insgesamt notwendig, die Achtung der Kinderrechte gemäß UN-Kinderrechtskonvention sowie den gesetzlichen Auftrag u.a. des Kinder- und Jugendhilfegesetzes auch unter Pandemiebedingungen sicherzustellen, Kindern und Jugendlichen gesellschaftliche Teilhabe unter Pandemiebedingungen zu ermöglichen und finanzielle Hilfen für die Herausforderungen und Folgen der Corona-Krise insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe bereitzustellen, um eine pandemiegerechte Öffnung und Ausstattung aller Einrichtungen und Angebote zu gewährleisten. Daran und dabei sind die betroffenen Kinder, Jugendlichen, Jugendverbände und Kinderrechtsorganisationen völkerrechts- und bundesgesetzgemäß zu beteiligen.⁴¹ Denn es ist, wie auch der UN-Ausschuss für die Rechte der Kinder in seiner Stellungnahme vom 8. April 2020 betonte nötig, dass die UN-Vertragsstaaten »Möglichkeiten (...) bieten, um die Meinungen von Kindern anzuhören und diese bei Entscheidungsprozessen zur Pandemie zu berücksichtigen. Kinder sollten verstehen, was passiert, und sie sollten das Gefühl haben, dass sie an den Entscheidungen teilhaben, die als Reaktion auf die Pandemie getroffen werden.«⁴² Angesichts dessen stellt sich die Frage, welche wirksamen Alternativen und Maßnahmen nun angebracht wären.

Ausblick, Konsequenzen und alternative Gegenmaßnahmen

Bei den jeweiligen Forderungen sind vor allem diejenigen der Jugendverbände und der Schüler(innen)organisationen hervorzuheben. Sie betonen besonders die (mangelnde) Partizipation und fordern zurecht, dass künftig wenigstens die betreffenden Jugendringe oder Schüler/innen-Vertretungen der Länder eingebunden werden. Ferner sind gerade die Forderungen aus den Kinderrechtsorganisationen, aus dem Bereich der Fachkräfte und ihrer Gewerkschaften und der Kinderarmutsforschung bemerkenswert.

Für die Jugendverbände mahnte bspw. berechtigterweise auch der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) am 6. Mai 2020, dass endlich Kinder und Jugendliche an den sie betreffenden Entscheidungen auch partizipieren. »Positionen und Sichtweisen von Kindern und Jugendlichen spielten und spielen in der Debatte um Maßnah-

men gegen die Pandemie kaum eine Rolle. Auch beim Nachdenken über Exit-Strategien sind junge Menschen nicht beteiligt. Das muss sich dringend ändern! Wir haben in den letzten Wochen wiederholt kritisiert, dass Kinder und Jugendliche mit ihren Bedarfen und Sorgen in den Debatten kaum eine Rolle spielen. Mindestens ebenso ein Problem ist: Sie bekommen keine Möglichkeit, beim Überlegen und Entscheiden über Lockerungen und Regeln des Zusammenlebens mitzuwirken. Junge Menschen und ihre Interessenvertretungen werden in Kommunen, Ländern und im Bund kaum als Expert*innen beteiligt. Wir fordern deswegen, die demokratischen Prozesse zu stärken. Konkret müssen zum Beispiel Stadt- und Kreisjugendringe oder andere Formen der Beteiligung junger Menschen vor Ort eingebunden werden, um die vielfältigen Bedarfe junger Menschen in den kommenden Wochen besser im Blick zu behalten. Denn engagierte junge Menschen wie Jugendgruppenleiter*innen in den Jugendverbänden stehen im guten und teils engen digitalen Kontakt mit Gruppenmitgliedern. Sie kennen ihre Bedarfe und geben Fragen und Forderungen an verantwortliche Mandatsträger*innen in den Organisationen weiter. Das können und müssen diejenigen nutzen, die aktuell Entscheidungen treffen: Bürgermeister*innen mit ihren Verwaltungen, Landesregierungen und die Bundesregierung.« Neben dem Kinderschutz müssten gleichermaßen Förderung und Beteiligung als Teil der Kinderrechte gesehen werden, da nur beide zusammen zum Kindeswohl gehörten. Deswegen müssten Kinder und Jugendliche mehr als bisher beteiligt werden und bei der Überlegung mitwirken können, unter welchen Regeln das Miteinander in Zeiten der Pandemie sinnvoll sei.⁴³

Genauso nachvollziehbar ist es, dass die Bundesschülerkonferenz in ihrer Pressemitteilung vom 14. April 2020 verlangte, dass die letztendliche Entscheidung über die Öffnung der Schulen »nach Ansicht der Mitgliedsländer der Bundesschülerkonferenz nur durch einen Expertenrat geschehen sollte, der unter anderem aus den Verantwortlichen des Robert-Koch-Instituts sowie denen, der Gesundheits- und Bildungsbehörden, im Dialog mit den Schüler-, Lehrer-, und Elternvertretern, getroffen werden. Besonders bei einer solch wichtigen Entscheidung sollten die Meinungen der Schülerinnen und Schüler ausreichend berücksichtigt werden, wie in einigen Bundesländern bereits geschehen.«⁴⁴

Für die Kinderarmutsforschung sollte festgehalten werden, dass auch Kinderarmut als eine politisch (mit) zu verantwortende Kindeswohlgefährdung und Kinderrechtsverletzung zu bezeichnen ist. Darum sind die dafür Hauptverantwortlichen aus Regierung, Politik und Wirtschaft moralisch nicht wirklich legitimiert, am lautesten für Kinderschutz, Kindeswohl und Eltern-Misstrauen zu trommeln, während sie Kinder- und Familienarmut in diesem Kontext oft ausblenden (vgl. Giffey-Brief v. 29.4.2020). Vertrauenswürdiger wären sozial- und familienpolitische Maßnahmen zur Entpreka-

⁴¹ vgl. z.B. DBJR v. 3.4.2020 und DKHW v. 6.4.2020)

⁴² UN-Ausschuss 2020, S. 3

⁴³ Vgl. DBJR v. 6.5.2020

⁴⁴ Die ständige Konferenz der Landesschülervertretungen der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Pressemitteilung zur Öffnung der Schulen in Deutschland v. 14.4.2020

risierung familiärer Bedingungen und Verhältnisse. Die Regierungsbeschlüsse für Familienhilfen seit Ende April 2020 kamen viel zu spät, waren viel zu gering und sind bislang zudem noch viel zu bürokratisch strukturiert (wie z.B. Liefer-Service-Kompensationen für entgangenes Kita- oder Schul-Mittagessen; vgl. DKSB-Stellungnahme v. 5.5.2020).

Wie die Kinderarmutsforscherin Gerda Holz es auch formuliert, muss bei der Bekämpfung von Kinderarmut in Corona-Zeiten besonders die Kinderperspektive betont werden. Demnach sind verschiedene Maßnahmen nötig, die aus der Perspektive und den spezifischen Entwicklungsbedingungen von jungen Menschen heraus betrachtet und entwickelt werden müssten, da Kinder keine kleinen Erwachsenen seien. So wäre laut Holz eine erste Maßnahme, den Eltern einen Zuschuss zu überweisen, um die Kosten, die durch den Wegfall von Einrichtungen entstehen, aufzufangen, da sie sicherlich nicht auf ein üppiges Sparbuch zurückgreifen könnten, um in der Krise ihre Kinder zu versorgen. »Zweitens muss seitens der Schulen und Kitas, deren Träger und den Fachkräften vor Ort überlegt werden, wie sie neben Alternativen für das Lernen, Spielen und soziale Miteinander auch die Essensversorgung ersetzen. Hier gibt es keine Patentlösung, weil jede Schule oder Einrichtung anders ist. Aber dafür müssen umsetzbare Konzepte erstellt werden, das muss Thema im Kollegium einer Schule oder Kita sein, das muss Aufgabe der Träger sein – und zwar zusammen mit der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe oder mit offenen Jugendzentren im Quartier. (...) Drittens muss überlegt werden, welche Vernetzung und welche verbindlichen Kooperationen es innerhalb einer Kommune geben kann. Zum Beispiel zwischen einer Schule und einem Wohlfahrtsverband, die dann gemeinsam ein verlässliches Versorgungsangebot schaffen.«⁴⁵

Der Erfolg dieser Maßnahmen hänge davon ab, ob die existenziellen Notlagen und der immense Bedarf der betreffenden Familien gesehen würden und ob staatliche Mehrleistung auch auf armutsbetroffene Gruppen ausgeweitet würden. »Und schließlich hängt es davon ab, ob den Belangen von Kindern und Jugendlichen mehr Gewicht in der Krisenbewältigung eingeräumt wird. Je schneller solche Einsichten in politische Entscheidung und Verwaltungsumsetzung einfließen, desto rascher kommt es zu Soforthilfen.«⁴⁶ Entscheidend für die Zukunft werde es nach Holz sein, nicht zu vergessen, was diese Krise für Familien in Armut heute bedeute, und dass sie für sie andere Folgen habe als für Kinder, die nicht in Armut aufwüchsen. »Es ist wichtig, dass wir für Kinderarmut sensibilisieren, über Stigmatisierung und Diskriminierung aufklären. Das Bild von Armut in Deutschland ist häufig: Armut ist Folge von persönlichem Fehlverhalten. Tatsächlich ist Armut aber ein Abbild gesellschaftlicher Verhältnisse und nicht gleichzusetzen mit Inkompetenz. Wissenschaftliche Erkenntnisse sprechen seit langem gegen diese vorherrschenden Vorurteile. Arme Eltern sind nicht

inkompetent, sie versuchen, jeden Tag eine Mangelsituation zu bewältigen. Was ihnen fehlt, sind die Möglichkeiten und Ressourcen zur Teilhabe an allem in unserer Gesellschaft.«⁴⁷ In den Diskussionen um Corona-Lockerungen komme das Kindeswohl deutlich zu kurz. Oberste Priorität habe natürlich unser aller Gesundheit, »aber in allen weiteren Überlegungen haben die Belange von Kindern und Jugendlichen genauso einzufließen wie die des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft, die der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die von älteren Menschen. Und bei der Öffnung der Schulen und Kindergärten müssen sozial benachteiligte Kinder vor allem in den Blick genommen werden.«⁴⁸ In Deutschland bestehe eine deutliche Bildungsungleichheit und eine soziale Ungleichheit. »Hier sind Kinder aus finanziell schwächeren Familien in den vergangenen Wochen am stärksten in den Nachteil geraten. Es gilt zum einen aufzufangen, was noch aufzufangen ist und zum anderen, ihnen darüber hinaus mehr Unterstützung und Förderung zukommen zu lassen.«⁴⁹

Darüber hinaus fordern Kinderrechtsorganisationen wie das Deutsche Kinderhilfswerk oder der Deutsche Kinderschutzbund, dass soziale Infrastrukturen zur Kinderrechtsumsetzung z.B. für Partizipation, Armutsbekämpfung und Persönlichkeitsentwicklung ausgebaut, statt abgebaut werden müssen. Nicht nur die Kinder- und Jugendhilfe ist laut Gesetz verpflichtet, gegen die systematische Benachteiligung und für positive Lebensbedingungen Stellung zu beziehen. Für diejenigen, die sich für die Veränderung politischer wie öffentlicher Diskurse und Verhältnisse einsetzen wollen, bedeutet das eine große Anstrengung mit einem sehr langen Atem. Wenn sie sich dabei gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen für solidarische Alternativen stark machen oder sich an die Seite der Benachteiligten und Unterdrückten stellen, um sich an der Beseitigung der Ursachen gesellschaftlicher Nöte zu beteiligen, so ist das genauso notwendig wie anstrengend. Die Herausforderung besteht auch darin, sich mit anderen zusammenzutun, sich täglich kundig zu machen über gesellschaftliche Zusammenhänge, gemeinsam für Alternativen zu werben und eine Gegen-Macht aufzubauen gegen diejenigen, die von Benachteiligung und Unterdrückung nicht nur profitieren, sondern Benachteiligte und Unterdrückte auch noch ihrer Menschenwürde berauben. Die Organisation und Mobilisierung solidarischer Öffentlichkeit muss sich parlamentarisch und außerparlamentarisch mit einflussreichen und mächtigen Interessensgruppen anlegen. Das wird schon bald sichtbar, wenn die Fragen der Finanzierung der verschiedensten Corona-Hilfen für alle möglichen Lobby-Gruppen ansteht. Denn letztere sind interessenbedingt davon überzeugt, dass sie den größten Teil des von allen erwirtschafteten gesellschaftlichen Reichtums zurecht für sich alleine beanspruchen und (auch qua Erbe) buchstäblich verewigen dürfen, während sich die große Mehrheit der Bevölkerung um den kleineren Rest des gesellschaftlichen Reichtums und dessen Aufteilung z.B. zur Armutsbekämpfung streiten darf (nach dem Motto: Divide et impera, wenn es sein

⁴⁵ Zit. nach: Houben 2020

⁴⁶ Vgl. ebd.

⁴⁷ Ebenda

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Houben 2020

muss, auch auf Kosten von Sündenböcken, wie z.B. ethnische oder religiöse Minderheiten). Deshalb ist es auch und gerade für ein Eingreifen in politische Diskurse über soziale Polarisierung wichtig, diese Primärverteilung des gesellschaftlichen Reichtums bei allen sinnvollen Forderungen von Maßnahmen gegen Kinderarmut vor, während und nach der Corona-Krise im Blick zu behalten.⁵⁰

Gleichzeitig bedeutet es für alle pädagogisch und politisch Tätigen, sich immer wieder selbst-reflexiv die eigenen Vorurteile kritisch bewusst zu machen und abschätzige Äußerungen gemeinsam mit Kindern und Kolleg(inn)en im Hinblick auf ihre Bedeutung und Wirkung auf die damit Markierten und bisweilen Abgewerteten zu untersuchen. Weiterhin steht die Sensibilisierung der Fachkräfte für Kinder in Schwierigkeiten oder in problematischen Verhältnissen gerade jetzt im Vordergrund, statt Kinder als schwierig oder gar als »Problemkinder« zu bezeichnen; ähnliches gilt für die Arbeit mit vermeintlichen »Problemfamilien« und realen Familien mit verschiedenen Problemen. Dies könnte als Aufgabe für alle mit Kindern arbeitenden Professionen zu einer qualifizierteren Tätigkeit beitragen. Ebenso sind alle mit Kindern Beschäftigten aufgerufen, innerhalb ihrer Kindergruppen zur Empathiebildung und zur Anerkennung von Unterschieden und Gemeinsamkeiten aller Kinder beizutragen.

Aufgabe fortschrittlicher Wissenschaft, Medien, Praxis und Politik ist es zu verhindern, dass die Sorgen der Kinder und Familien nicht nur die niedrigste Ebene treffen. Der berechtigte Frust von Eltern darf sich nicht auf Fachkräfte und Erzieherinnen konzentrieren, sondern muss auf die verantwortliche, aber weitgehend konzeptionslose Regierungspolitik fokussieren. Auch Ängste und Sorgen der Fachkräfte müssen ernst genommen werden für verbesserte Bildungsbedingungen. Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sowie Fachkräfte, Eltern und Kinder/Jugendliche müssen darüber endlich (wieder) ins Gespräch kommen.

Ein Gesamtkonzept bzw. ein wirkliches Maßnahmenpaket für die Umsetzung bzw. Wiederherstellung von Kinderrechten und gegen Kinderarmut wird derweil weiterhin benötigt. Wie auch die Nationale Armutskonferenz angemahnt hat, lassen sich Kinder- und Familienarmut am besten durch drei Maßnahmen vermeiden. Neben einem armutsfesten Mindestlohn, einer wirklich aufgaben- und nicht ausgaben-orientierten Kinder- und Jugendhilfe und einer vollständigen Gebühren- sowie Lernmittelfreiheit für (frühkindliche) Bildung (von Büchern bis Hardware) sowie einem kostenlosen gesunden Mittagessen, braucht es als erstes eine Neuberechnung des Existenzminimums, da die momentane Ermittlung nachweislich nicht bedarfsgerecht ist.⁵¹ Zum Zweiten wird ein Abbau von Ungerechtigkeiten in der Familienförderung verlangt, da derzeit am meisten bekommt, wer am reichsten ist.⁵² Drittens muss der Zugang zu Sozialleistungen durch Bündelung an einer Stelle einfa-

cher gestaltet werden, um Bürokratie, Stigmatisierung, Demütigung und Unkenntnis zu vermeiden.⁵³

Angesichts der dramatischen Situation vor allem für arme und armutsgefährdete Familien spricht viel für einen schnellstmöglichen Krisenzuschlag in Höhe von 200 Euro pro Monat pro Person rückwirkend ab März 2020 auf die Grundsicherung sowie den Verzicht auf Sanktionen und Vermögensprüfungen. Auch sollte die zeitnahe Einführung eines Krisen-Elterngeldes erwogen werden, um Einkommensverluste durch notwendige Kinderbetreuung zu reduzieren. Derweil müssen zumindest die den Eltern und Kindern als Teil ihres Existenzminimums zustehenden Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket schleunigst als Teil der Existenzsicherung den betroffenen Familien zu Gute kommen. Auch die Bezugshöhe des Kurzarbeitergeldes muss für alle Beschäftigten auf mindestens 90 Prozent ihres Nettoentgelts erhöht werden, damit die betroffenen Familien der mehr als 10 Millionen angekündigten und bereits über 7 Millionen angemeldeten Beschäftigten nicht zu stark sozial abrutschen. Zugleich muss der Unterhaltsvorschuss unbürokratisch und zügig bewilligt werden, während das Kindergeld nur zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden sollte. Trotz Corona-Krise müssen Teilhabeleistungen und kulturelle Bildung gewährt bleiben (z.B. kostenlose Online-Angebote öffentlicher Bibliotheken, wo möglich Sportvereinen das Training ermöglichen, Unterstützung bei Musikschulangeboten durch kostenlose Instrumentausleihe etc.). Langfristig wäre dann zudem eine Kindergrundsicherung einzuführen, um Kinderarmut zu verhindern.

Wichtig ist bei allen Überlegungen – auch in Richtung Kindergrundsicherung –, dass Kinder und ihre Familien nach den anvisierten Maßnahmen auch wirklich aus Armut und Hilfsbedürftigkeit befreit werden. Dabei sollte man nicht der Illusion verfallen, Kinder als anscheinend »autonom« aus dem Familienkontext fiktiv herauszulösen und mit einer »eigenständigen Kindergrundsicherung« oder ähnlichem scheinbar aus der Bedürftigkeit zu holen, während der Rest der Familie weiterhin in der Hilfsbedürftigkeit verbleibt. Arme Kinder sind in der Regel Kinder armer Eltern und sollten nicht gegen sie ausgespielt werden. Überdies sollte jede Konzeption, die pauschal allen und damit auch vielen nicht bedürftigen Eltern und Kindern mit enormen Finanzmitteln unter die Arme greifen will, daraufhin kritisch unter die Lupe genommen werden, wie ihre effektiven Folgen für die Verhinderung und Verminderung von Kinderarmut aussehen. Das heißt, die Ziel-Mittel-Relation bedarf einer präzisen Analyse. Außerdem ist es auch und gerade für ein Eingreifen in politische Diskurse über soziale Polarisierung wichtig, die Primärverteilung des gewachsenen gesellschaftlichen Reichtums bei allen sinnvollen Forderungen von Maßnahmen gegen Kinderarmut kritisch zu betrachten. Schließlich kann ein sich selbst arm machender oder arm gemachter Staat nur schwerlich Armut bekämpfen und die Kinderrechte auf Schutz, Förderung sowie Beteiligung angemessen umsetzen.⁵⁴

⁵⁰ Vgl. Klundt 2020, S. 85ff.

⁵¹ Vgl. Parität 2018

⁵² Vgl. Stichnoth/ZEW 2016

⁵³ Vgl. Klundt 2019, S. 166f.

⁵⁴ Vgl. Klundt 2020, S. 86f.

Literatur

- BMAS Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Bohnenberger, Rodolfo (2020): Die Sichtweise der Eltern und Kinder im Lockdown, in: Nachdenkseiten v. 15.5.2020; <https://www.nachdenkseiten.de/?p=60997>
- Bonath, Susan (2020): Chancengleichheit á la BRD. Fehlender Zugang zu digitalem Lernen: Arbeitsministerium findet, dass Computer problemlos aus dem Hartz-IV-Satz angespart werden können, in: junge Welt v. 11.5.2020
- Butterwegge, Christoph (2020): Arme sterben früher, in: junge Welt v. 2./3.5.2020
- Butterwegge, Christoph (2020a): Die Corona-Pandemie als Herausforderung für den Sozialstaat, in: Politechnik Nr. 27; in: <http://politechnik.de/p11686/>
- Charrel, Marie (2020): La crise liée au coronavirus, accélérateur des inégalités hommes-femmes. Télétravail, préparation des repas, école à la maison... Loin de contribuer à une répartition plus égalitaire des tâches, la crise liée à la pandémie exacerbe les inégalités de genre à la maison et face à l'emploi, in: Le Monde.fr v. 11.5.2020
- Child Fund Deutschland/Plan International/Save the Children/SOS-Kinderdörfer weltweit/terre des hommes/World Vision (2020): Corona-Krise trifft arme und benachteiligte Kinder weltweit besonders hart und gefährdet ihre Zukunft, Mai 2020, S. 1 – 4.
- Deutscher Bundesjugendring (DBJR) (2020): Junge Menschen müssen an Entscheidungen und Regeln zur Lockerung mitwirken, in: Pressemitteilung v. 6.5.2020; <https://www.dbjr.de/artikel/junge-menschen-muessen-an-entscheidungen-und-regeln-zur-lockerung-mitwirken/>
- Deutsches Institut für Menschenrechte/Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention (2020): Stellungnahme Kinderrechte in Zeiten der Corona-Pandemie. Kinderrechtsbasierte Maßnahmen stützen und schützen. Kinder und Jugendliche in Krisenzeiten Mai 2020: Berlin, S. 1 – 13.
- Füllkrug-Weitzel, Cornelia (2020): Corona-Hilfe für Arme ist besonders wichtig, in: Frankfurter Rundschau v. 9./10.5.2020.
- Geis-Thöne, Wido (2020): Häusliches Umfeld in der Krise: Ein Teil der Kinder braucht mehr Unterstützung. Ergebnisse einer Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), in: IW-Report 15/2020, Köln (20.04.2020), S. 1-25).
- Giffey, Franziska (2020): Brief an die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Appells aus der Wissenschaft »Mehr Kinderschutz in der Corona-Pandemie v. 29.3.2020«, Berlin (29.4.2020).
- Höland, Christoph (2020): Corona und Einschränkungen gefährden Errungenschaften der Gleichberechtigung, in: Frankfurter Rundschau v. 8.5.2020; in: <https://www.fr.de/politik/angst-rolle-rueckwaerts-13754150.html>
- Houben, Louisa (2020): Sorge um wachsende Kinderarmut. Wenn das Geld zum Essen nicht reicht, in: ZDF.de v. 3.5.2020; in: <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/corona-krise-kinder-armut-hartz-4-100.html>
- Kinderkommission des Deutschen Bundestages (2020): Bedürfnisse und Rechte von Kindern in der Corona-Pandemie nicht aus dem Blick verlieren, in: Pressemitteilung v. 7.5.2020 (Berlin).
- Kluntdt, Michael (2017): In reicher Gesellschaft: Politisch verantwortete Kindeswohlgefährdung, in: Sozial extra 4/2017, S. 22 – 26.
- Kluntdt, M. (2019): Gestohlenes Leben. Kinderarmut in Deutschland. Köln.
- Kluntdt, M. (2020): Sozial polarisierte Kindheiten und (Bildungs-)Armut, in: Gundi Müller/Annegret Sloat (Hrsg.): Kinder stärken! Anders Lernen! Anders Lehren! Anders Leben!, Buxtehude, S. 63 – 90.
- Laubstein, C., Holz, G., Seddig, N. (2016): Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche. Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland. Gütersloh.
- Liebig, Stefan/Simon Kühne (2020): Die Corona-Pandemie als kritisches Ereignis im Lebensverlauf – Design und erste Ergebnisse der SOEP-CoV Studie in: Digitales WZB-Kolloquium v. 29.4.2020, S. 1 – 13.
- Neuhaus, Carla (2020): »Die Risiken sind ungleich verteilt«. Warum die Coronakrise Ungleichheit verstärkt. Die Krise trifft Geringverdiener hart, von denen viele ihren Job verlieren. Auch die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern nimmt zu, in: Tagesspiegel.de v. 10.5.2020
- Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband (2018): Wer die Armen sind. Der Paritätische Armutsbericht 2018. Berlin.
- Rosendorff, Kathrin (2020): »Wir können unseren Kindern nicht helfen, wir können weder lesen noch schreiben«. Zu siebt auf 59 Quadratmetern: Eine von vielen benachteiligten Familien, die in der Corona-Krise besonders leiden, in: Frankfurter Rundschau v. 6./7.6.2020

Sell, Stefan (2020): »Kinderarmut ist und bleibt ein nicht hinnehmbarer Skandal« – sagt (nicht nur) der DGB. Und belegt das mit Zahlen, die groß daherkommen und doch noch zu klein sind, in: [www.aktuelle-sozialpolitik.de v. 6.2.2020](https://aktuelle-sozialpolitik.de/2020/02/06/kinderarmut-diesseits-und-jenseits-der-zahlen/), in: <https://aktuelle-sozialpolitik.de/2020/02/06/kinderarmut-diesseits-und-jenseits-der-zahlen/>

Sell, Stefan (2020a): Am ausgestreckten Arm ... Die Bundesregierung und der Nicht-Zuschlag für Menschen in der Grundsicherung. Die bleiben beim Sozialschutz-Paket II weiter außen vor, in: Aktuelle-Sozialpolitik. de v. 12.5.2020; in: <https://aktuelle-sozialpolitik.de/2020/05/12/der-gesetzentwurf-zum-zweiten-sozialschutz-paket/>

Spieß, C. Katharina (2020): Zum Schaden einer ganzen Generation. Es gibt auch Geld für die Kinder im Konjunkturpaket der Regierung. Aber Kita und Schule kommen zu kurz, in: Frankfurter Rundschau v. 6./7.6.2020.

Stichnoth, H., Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) (2016): Verteilungswirkungen ehe- und familienbezogener Leistungen und Maßnahmen. Kurzex-pertise im Auftrag der Familienpolitischen Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung. In: E-Paper der Heinrich-Böll-Stiftung vom 17.6.2016 (Berlin); S. 1 – 43.

Tophoven, S., Lietzmann, T., Reiter, S., Wenzig, C. (2018): Aufwachsen in Armutslagen. Zentrale Einflussfaktoren und Folgen für die soziale Teilhabe. Studie vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

UNICEF/Save the Children (2020): COVID-19: BIS ZU 86 MILLIONEN KINDER ZUSÄTZLICH KÖNNTEN IN FOLGE DER PANDEMIE BIS JAHRESENDE IN ARMUT ABRUTSCHEN, Pressemitteilung v. 28.5.2020 (Köln/Berlin).

United Nations (2020): Policy Brief: The Impact of COVID-19 on children, 15. April 2020, New York.

UN-Ausschuss für die Rechte der Kinder (2020): Stellungnahme des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes zu COVID-19 v. 8. April 2020, Genf (Übersetzt von der Monitoringstelle UN-Kinderrechtskonvention beim Deutschen Institut für Menschenrechte, Berlin, S. 1 – 4.

Waite, Polly/Praveetha Patalay/Bettina Moltrecht/Eoin McElroy/Cathy Creswell (2020): Co-Space Report 02: Covid-19 worries, parent/carer stress and support needs, by child special educational needs and parent/carer work status. Results from the first 5000 participants. Oxford/Leicester, S. 1 – 14; in: https://emergingminds.org.uk/wp-content/uploads/2020/05/Co-SPACE-report-02_03-05-20.pdf

Winker, Gabriele (2020): »Die Corona-Pandemie kann ein Weckruf sein«. Interview mit Gabriele Winker über die wachsende Bedeutung der Care-Ökonomie, in: L.I.S.A. Wissenschaftsportal Gerda Henkel Stiftung v. 28.4.2020; in: https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/carerevolution_gabrielewinker

